

N° 1629.

ALLEMAGNE
ET COMMISSION DE
GOUVERNEMENT DU
TERRITOIRE DE LA SARRE

Accord relatif aux assurances sociales
du territoire de la Sarre, avec
annexe. Signé à Heidelberg, le
13 octobre 1927.

GERMANY
AND SAAR TERRITORY
GOVERNING COMMISSION

Agreement regarding Social Insu-
rance in the Saar Territory, with
Annex. Signed at Heidelberg,
October 13, 1927.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o 1629. — ABREDE¹ ZWISCHEN DER REGIERUNGSKOMMISSION DES SAARGEBIETS UND DER DEUTSCHEN REGIERUNG ÜBER ANGELEGENHEITEN DER SOZIALVERSICHERUNG DES SAARGEBIETS, GEZEICHNET IN HEIDELBERG AM 13. OKTOBER 1927.

Texte officiel allemand communiqué par le président de la Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre. L'enregistrement de cet accord a eu lieu le 30 janvier 1928.

German official text communicated by the President of the Saar Territory Governing Commission. The registration of this Agreement took place January 30, 1928.

DIE REGIERUNGSKOMMISSION DES SAARGEBIETS, vertreten durch den Ministerialdirektor Dr. THISSEN und den Berghauptmann SCHERESCHEWSKY, und DIE DEUTSCHE REGIERUNG, vertreten durch den Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium GRIESER, sind übereingekommen, die Abrede², betreffend die Ausführung der in dem Schlussprotokoll vom 3. Juni 1921 vorgesehenen Grundsätze³ über Angelegenheiten der Sozialversicherung vom 31. Mai/21. Juli 1923 (Frankfurter Abrede), wegen Aenderungen in der Gesetzgebung und den wirtschaftlichen Verhältnissen einer Nachprüfung zu unterziehen, und haben demgemäss folgende neue Abrede vereinbart, die an die Stelle der erwähnten Abrede tritt.

I. UNFALLVERSICHERUNG.

A. EINLEITENDE BESTIMMUNGEN.

Paragraph 1.

Die Gewerbliche und die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Saargebiet übernehmen vom 1. Januar 1922 ab die Befriedigung der Entschädigungsansprüche, die gegen Berufsgenossenschaften des Deutschen Reichs aus Unfällen erwachsen sind, die sich in Betrieben des Saargebiets ereignet haben. Zu übernehmen sind auch Entschädigungsansprüche, die nach dem 31. Dezember 1921 auf Grund des Paragraphen 608 R. V. O. aus einem vor dem 1. Januar 1922 eingetretenen Unfall geltend gemacht werden. Die Berufsgenossenschaften des Deutschen Reichs werden von den entsprechenden Verpflichtungen frei.

Paragraph 2.

Die Akten über diese Unfälle einschliesslich der am 31. Dezember 1921 schwebenden Sachen werden in dem Stande, in dem sie sich an diesem Tage befinden, von den Berufsgenossenschaften

¹ Entré en vigueur le 1^{er} novembre 1927.

² Vol. V, page 189, de ce recueil.

³ Vol. XXVII, page 295, de ce recueil.

¹ Came into force November 1, 1927.

² Vol. V, page 189, of this Series.

³ Vol. XXVII, page 295, of this Series.

des Deutschen Reichs den Berufsgenossenschaften des Saargebiets unmittelbar überwiesen. Ebenso werden die nachträglich zur Anmeldung gelangenden Ansprüche aus Unfällen überwiesen, die sich bis zum 31. Dezember 1921 ereignet haben. Ausserdem werden die Berufsgenossenschaften des Deutschen Reichs den Berufsgenossenschaften des Saargebiets alle Schriftstücke unmittelbar zur Verfügung stellen, die für die Einrichtung und den Geschäftsbetrieb erforderlich sind.

Paragraph 3.

Zur Aufklärung von Versicherungsangelegenheiten, zur Erledigung von Einsprüchen, zur Abgabe von Gutachten und dergleichen können die Versicherungsträger die beiderseitigen Versicherungsämter unmittelbar in Anspruch nehmen.

B. FINANZIELLE BESTIMMUNGEN.

Paragraph 4.

Die Regierungskommission des Saargebiets wird tunlichst bald die Renten der Gewerblichen und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Saargebiet, die noch nicht nach dem tatsächlichen oder einem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst im Sinne der Reichsversicherungsordnung festgesetzt sind, auf den Betrag erhöhen, der diesen Grundlagen entspricht.

Paragraph 5.

Die deutschen Berufsgenossenschaften stellen den Berufsgenossenschaften des Saargebiets die erforderlichen Mittel zur Erhöhung der im Paragraph 4 genannten Renten bereit. Die beteiligten Berufsgenossenschaften vereinbaren Näheres über Berechnung, Auszahlung und Nachweis der Verwendung dieser Erhöhungen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung der Regierungskommission des Saargebiets und der Deutschen Regierung.

Paragraph 6.

Die nach Paragraph 5 erforderlichen Beträge werden den Berufsgenossenschaften des Saargebiets von den deutschen Berufsgenossenschaften als Darlehen gewährt. Bis zum Ablauf der Frist im Paragraph 34 der Anlage zu den Artikeln 45 bis 50 des Vertrags von Versailles werden die Darlehen nicht verzinst und können vor diesem Tage nicht zurückgefordert werden. Nach Ablauf dieser Frist findet die endgültige Vermögenseinwanderung zwischen den deutschen Berufsgenossenschaften und den Berufsgenossenschaften des Saargebiets statt.

Paragraph 7.

Die Gewerbliche und die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Saargebiet übernehmen keine Teile der schwebenden Schuld (Paragraph 779 R. V. O.).

Paragraph 8.

Die Saarknappschafts-Berufsgenossenschaft übernimmt die Entschädigung für alle in Bergbaubetrieben des Saargebiets eingetretenen Unfälle, für die bis zum 17. Januar 1920 eingetreten jedoch nur, wenn der Berechtigte am 1. Juni 1923 im Saargebiet wohnte. Im übrigen verbleibt der deutschen Knappschafts-Berufsgenossenschaft die Fürsorge für die Berechtigten.

Die Paragraphen 4, 5, 6 gelten entsprechend.

C. VERSCHIEDENES.

Paragraph 9.

Hinsichtlich der Verteilung der an Angestellte der bisher im Saargebiet ansässigen Berufsgenossenschaften zu zahlenden Ruhegehälter und hinsichtlich der Sicherstellung bisher erworbener Anwartschaften treffen die beteiligten Berufsgenossenschaften unter sich eine Regelung. Sie legen Abmachungen den zuständigen Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vor.

Paragraph 10.

Die Regierungskommission des Saargebiets und die Deutsche Regierung sind grundsätzlich damit einverstanden, dass die Gewerbliche Berufsgenossenschaft für das Saargebiet das von ihr benützte Grundstück der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft vertraglich für Verwaltungszwecke übernimmt.

Der Vertrag soll die Bedingungen enthalten, unter denen die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft das Grundstück zurückübernimmt, falls die Gewerbliche Berufsgenossenschaft für das Saargebiet aufgelöst wird oder eine Aenderung in ihrer Zusammensetzung in anderer Weise als durch Wiedervereinigung mit den entsprechenden deutschen Berufsgenossenschaften eintreten sollte.

Der Vertrag bedarf der Genehmigung durch die Regierungskommission des Saargebiets und die Deutsche Regierung.

II. INVALIDEN- UND HINTERBLIBENENVERSICHERUNG.

A. EINLEITENDE BESTIMMUNGEN.

Paragraph 11.

Die Versicherungsträger des Saargebiets übernehmen vom 1. April 1922 ab die Durchführung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung im Saargebiet. Als solche kommen die Landesversicherungsanstalt für das Saargebiet, die Sonderanstalt des Saarknappschaftsvereins und die Pensionskasse A der Direktion der Saarbahnen in Saarbrücken in Frage.

Paragraph 12.

Die nachstehenden Vereinbarungen haben zur Voraussetzung, dass die Vorschriften über den Gegenstand der Versicherung (Paragraphen 1250 ff. R. V. O.) in beiden Gebieten die gleichen sind und dass auch sonst in den massgebenden Verhältnissen beider Gebiete eine wesentliche Aenderung nicht eintritt.

Paragraph 13.

Für die Erfüllung der Wartezeit und die Aufrechterhaltung der Anwartschaften werden die anrechnungsfähigen Beitragszeiten und Ersatzzeiten, die bei einem Versicherungsträger des einen Gebiets zurückgelegt sind, von dem Versicherungsträger des anderen Gebiets berücksichtigt.

B. FESTSTELLUNG DER LEISTUNGEN.

Paragraph 14.

Zur Entgegennahme der Rentenanträge sind die beiderseitigen Versicherungsämter oder unmittelbar die Versicherungsträger zuständig.

Die Gutachten der Versicherungsämter werden gegenseitig anerkannt.

Paragraph 15.

Die Versicherungsämter des Saargebiets übersenden die von ihnen geführten Verhandlungen nebst dem Gutachten durchlaufend bei der Versicherungsanstalt für das Saargebiet, wenn ein Versicherungsträger des Deutschen Reichs ausschliesslich zuständig ist (Paragraph 16 Abs. 1).

Die Versicherungsämter des Deutschen Reichs übersenden die von ihnen geführten Verhandlungen nebst dem Gutachten durchlaufend bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz an die Landesversicherungsanstalt des Saargebiets, wenn diese ausschliesslich zuständig ist (Paragraph 16 Abs. 2).

Für die Sonderanstalten treten an die Stelle der Versicherungsämter die nach den Satzungen zuständigen Dienststellen.

Paragraph 16.

Die deutschen Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten sind ausschliesslich zuständig, wenn für den Versicherten nur Beiträge an deutsche Landesversicherungsanstalten oder Sonderanstalten entrichtet sind.

Die Versicherungsträger des Saargebiets sind ausschliesslich zuständig, wenn nur an sie Beiträge für den Versicherten entrichtet sind.

Paragraph 17.

Hat der Versicherte Beiträge zu Versicherungsträgern beider Gebiete entrichtet, so setzt für das Saargebiet dessen zuständiger Versicherungsträger, im übrigen der zuständige deutsche Versicherungsträger die Rente selbständig fest. Die deutschen Versicherungsträger verkehren mit den Versicherungsträgern des Saargebiets durch Vermittlung der Landesversicherungsanstalt, Rheinprovinz.

Zur Entscheidung über einen Rentenantrag ist der Versicherungsträger des Gebiets berufen, in welchem der Versicherte wohnt. Wohnt er ausserhalb beider Gebiete, so entscheidet über den Antrag derjenige Versicherungsträger, bei welchem der Rentenantrag eingeht oder zuerst eingeht.

Die Festsetzung des zur Entscheidung zuständigen Versicherungsträgers, dass der Versicherungsfall eingetreten ist, gilt zugleich für den anderen Versicherungsträger.

Paragraph 18.

Der Versicherungsträger, welcher nach Paragraph 17 den Antrag entgegengenommen hat, bescheidet den Versicherten. Im Falle der Ablehnung werden beteiligte Versicherungsträger des anderen Gebiets nicht benachrichtigt. Wird dem Antrage stattgegeben, so hat der festsetzende Versicherungsträger die Akten unter Beifügung eines Bescheidsentwurfs, der den Vorschriften des Paragraphen 1631 R. V. O. entspricht, dem Versicherungsträger des anderen Gebiets durch Vermittlung der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zu übersenden. Der Versicherungsträger des anderen Gebiets gibt binnen einem Monat die Akten zurück mit einer Berechnung der von ihm nach den gesetzlichen Vorschriften seines Gebiets zu tragenden anteiligen Rente. Der festsetzende Versicherungsträger erteilt darauf dem Versicherten einen Bescheid über die Gesamrente und ihre Zusammensetzung.

C. RENTENÄNDERUNGEN UND -ENTZIEHUNGEN.

Paragraph 19.

Die beteiligten Anstalten sind befugt, jederzeit selbst zu prüfen, ob der Empfänger noch zum weiteren Bezuge der Rente berechtigt ist.

Paragraph 20.

Werden Änderungen in den Verhältnissen des Rentenberechtigten festgestellt oder vermutet, so wird diejenige Anstalt, in deren Bezirk der Wohnort des Rentenberechtigten liegt, die erforderlichen Ermittlungen anstellen.

Sie hat diese Ermittlungen auch dann anzustellen, wenn sie von der beteiligten Anstalt darum ersucht wird.

Die Rentenänderungen, die sich durch Zugang oder Ausscheiden von Kindern oder Waisen ergeben, werden von der Anstalt in die Wege geleitet, welche im Besitze der Akten ist.

Paragraph 21.

Für das weitere Verfahren bei Rentenänderungen und -entziehungen gelten die Bestimmungen der Paragraphen 14 bis 18 über das Rentenfeststellungsverfahren.

D. QUITTUNGSKARTEN UND BEITRAGSMARKEN.

Paragraph 22.

Die Landesversicherungsanstalt für das Saargebiet gibt vom 1. April 1922 ab eigene Quittungskarten und Marken aus.

Sie zieht von diesem Zeitpunkt ab die von den Anstalten des Deutschen Reichs ausgegebenen Karten ein, vermerkt darauf durch einen Stempelaufrdruck, dass die Versicherung vom 1. April 1922 ab bei ihr weiterläuft, stempelt alle eingeklebten Beitragsmarken für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 ab und übersendet die gesammelten Karten der Ursprungsanstalt des Deutschen Reichs.

Paragraph 23.

Die Quittungskarten der Landesversicherungsanstalt für das Saargebiet werden, mit 1 beginnend mit laufenden Nummern versehen ; sie erhalten einen Vermerk, an welche Ursprungsanstalt die Quittungskarten über die vor dem 1. April 1922 geleisteten Beiträge übersandt sind.

Paragraph 24.

Verzichtet ein Versicherter aus dem Saargebiet in das Gebiet der Deutschen Regierung, so stellt ihm die für den neuen Wohnort zuständige Stelle eine neue Quittungskarte aus, versieht diese sowohl als auch die Quittungskarte der Landesversicherungsanstalt für das Saargebiet mit dem den Bestimmungen des Paragraphen 23 entsprechenden Vermerk und gibt die letztgenannte Karte an die Versicherungsanstalt des Saargebiets zurück.

Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten entsprechend, wenn ein Versicherter später aus dem Gebiet der Deutschen Regierung nach dem Saargebiet verzichtet.

Die Versicherungsträger sind ermächtigt, Ausführungsbestimmungen hierüber zu vereinbaren.

Paragraph 25.

In Quittungskarten der Landesversicherungsanstalt des Saargebiets dürfen keine deutschen Beitragsmarken und in Quittungskarten der deutschen Versicherungsanstalten keine Beitragsmarken der Landesversicherungsanstalt des Saargebiets eingeklebt werden.

E. VERTEILUNG DER LEISTUNGEN.

Paragraph 26.

Der Grundbetrag der Renten (Paragraphen 1288, 1292 R. V. O.) wird von den Versicherungsträgern des Saargebiets und den deutschen Versicherungsträgern im Verhältnis der Zahl der für sie nachgewiesenen anrechnungsfähigen Wochenbeiträge gewährt (Gewährung pro rata temporis). Die Zahl der anrechnungsfähigen Wochenbeiträge, die der nach Paragraph 17 Abs. 2 dieser Abrede zuständige Versicherungsträger festgestellt hat, gilt auch für den anderen Versicherungsträger.

Sind für den Versicherungsträger des einen Gebiets weniger als sechsundzwanzig anrechnungsfähige Wochenbeiträge nachgewiesen, so hat der Versicherungsträger des anderen Gebiets den Grundbetrag ganz zu tragen.

Zu dem Grundbetrage treten für jeden Versicherungsträger die Steigerungsbeträge.

Paragraph 27.

Den Reichszuschuss (Paragraph 1285 R. V. O.) und die Kinderzuschüsse (Paragraph 1291 R. V. O.) gewährt in jedem Falle der zuständige Versicherungsträger des Gebiets, in dem der Berechtigte wohnt. Das gilt auch bei Verlegung des Wohnsitzes von dem einen Gebiet in das andere; in diesem Falle gehen die genannten Zuschüsse zu Lasten des neuen Wohnsitzgebietes vom ersten Tage des Kalendermonats an, der auf den Tag der Übersiedelung folgt.

F. ABRECHNUNG ZWISCHEN DEN VERSICHERUNGSTRÄGERN.

Paragraph 28.

Für die Abrechnung zwischen der Regierungskommission des Saargebiets und der deutschen Regierung über die deutscherseits in der Zeit vom 10. Januar 1920 bis zum 31. März 1922 geleisteten Reichszuschüsse verbleibt es bei den Richtlinien des Berliner Schlussprotokolls vom 3. Juni 1921, betreffend die finanzielle Abrechnung.

Paragraph 29.

Bezüglich des durch die Frankfurter Abrede vorgesehenen Abrechnungsverfahrens zwischen den deutschen Trägern der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und denen des Saargebiets sind die Regierungskommission des Saargebiets und die Deutsche Regierung einig, auf jenes Verfahren zu verzichten und es durch die neue Verteilung der Leistungen nach vorstehenden Paragraphen 26, 27 für erledigt zu erklären.

G. VERSCHIEDENES.

Paragraph 30.

Die Renten, die drei Monate nach dem Tage der Inkraftsetzung dieser Abrede noch laufen, sind nach den Grundsätzen der Paragraphen 26, 27 umzurechnen.

Zuständig für die Umrechnung der bis zum 1. April 1922 festgestellten Renten ist für die deutschen Versicherungsträger die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, im übrigen derjenige Versicherungsträger, der zur Entscheidung über den Rentenanspruch gemäss Paragraphen 17, 18 dieser Abrede zuständig war.

Paragraph 31.

Von dem im Anhange beigefügten Abkommen, betreffend Auseinandersetzung zwischen der Rentenzuschkasse der Eisenbahndirektion des Saargebiets und den Reichsbahnarbeitspensionskassen I und II, Abteilung B, nehmen die Regierungskommission des Saargebiets und die Deutsche Regierung zustimmend Kenntnis.

III. ANGESTELLTENVERSICHERUNG.

Paragraph 32.

Die im Abschnitt II für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung aufgestellten Grundsätze gelten nach Massgabe der Vorschriften des Angestelltenversicherungsgesetzes entsprechend für die Angestelltenversicherung. An die Stelle der Träger der Invalidenversicherung treten die Träger der Angestelltenversicherung.

Die Bestimmung des Paragraphen 13 dieser Abrede gilt auch für das Recht zur freiwilligen Weiterversicherung.

IV. KNAPPSCHAFTLICHE PENSIONSVERSICHERUNG.

Paragraph 33.

Vom 1. Juli 1927 ab werden die laufenden und künftig entstehenden Invaliden- und Witwenpensionen sowie die Waisengelder für Mitglieder des Saarknappschaftsvereins durch einen monatlichen Zuschuss ergänzt. Dieser beträgt für Mitglieder der Arbeiterabteilung :

- 7 Reichsmark zu jeder Invalidenpension ;
- 3 $\frac{1}{2}$ Reichsmark zu jeder Witwenpension ;
- 2 Reichsmark zu jedem Waisengelde ;

für Mitglieder der Angestelltenabteilung :

- 20 Reichsmark zu jeder Invalidenpension ;
- 10 » » jeder Witwenpension ;
- 4 » » jedem Waisengelde.

Die Reichsknappschaft überweist dem Saarknappschaftsvereine die erforderlichen Mittel zur Zahlung dieser Zuschüsse bis zum fünfzehnten Tage jedes Monats für den folgenden Monat. Die Reichsknappschaft und der Saarknappschaftsverein vereinbaren Näheres über Berechnung, Auszahlung und Nachweis der Verwendung dieser Zuschüsse. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung der Regierungskommission des Saargebiets und der Deutschen Regierung.

V. AUSZAHLUNG VON LEISTUNGEN.

Paragraph 34.

Die Regierungskommission des Saargebiets und die Deutsche Regierung sind darüber einig, zum Schutze der Rentempfänger vor Währungsverlusten das bisherige Anweisungsverfahren durch folgende Regelung zu ersetzen :

Die Versicherungsträger des Saargebiets und die deutschen Versicherungsträger unterhalten Postscheckkonten in Reichsmark bei einem deutschen Postscheckamt. Renten in Franken, die nach dem Reichsgebiet ausserhalb des Saargebiets zu zahlen sind, stellt der in Betracht kommende Versicherungsträger des Saargebiets monatlich an einem bestimmten Tage fest nach dem Werte der Reichsmark an diesem Tage und ersucht unter gleichzeitiger Überweisung des Reichsmarkbetrages den zuständigen deutschen Versicherungsträger um Ausführung der Einzelzahlungen an Hand einer übersandten Rentnerliste durch Barschecks. Entsprechend verfährt für die nach dem Saargebiet in Reichsmark zahlbaren Renten der beteiligte deutsche Versicherungsträger; in diesem Falle rechnet der Versicherungsträger des Saargebiets die auf seinem deutschen Postscheckkonto empfangene Reichsmark nach dem Kurse eines bestimmten, dem Tage der Auszahlung möglichst nahegelegenen Tages um. Der Eingang der Reichsmark- und der Frankenbeträge bei den einzelnen Berechtigten ist in beiden Fällen spätestens für den gesetzlichen Fälligkeitstag sicherzustellen.

Alle Leistungen nach vorstehendem Verfahren werden im Gebiete der Versicherungsträger des Saargebiets in Franken, im Gebiete der deutschen Versicherungsträger in Reichsmark gezahlt.

Paragraph 35.

Für Invalidenversicherungsbezüge im Saargebiete wird die Landesversicherungsanstalt für das Saargebiet in Saarbrücken, für Invalidenversicherungsbezüge im Reichsgebiet ausserhalb des Saargebiets die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf mit dem Auszahlungsgeschäft betraut. In gleicher Weise haben einander Gegenseitigkeit zu gewähren: die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin und die Versicherungsanstalt für Angestellte des Saargebiets in Saarbrücken, die Reichsknappschaft und der Saarknappschaftsverein, die deutsche Knappschafts-Berufsgenossenschaft und die Saarknappschafts-Berufsgenossenschaft, eine von der deutschen Regierung bestimmte gewerbliche Berufsgenossenschaft und die gewerbliche Berufsgenossenschaft für das Saargebiet, eine von der Deutschen Regierung bestimmte landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Saargebiet.

Für die beiderseitigen Ausführungsbehörden werden entsprechende Festsetzungen getroffen. Die Versicherungsträger des Saargebiets und die deutschen Versicherungsträger sind ermächtigt, für die gegenseitige Hilfe bei Auszahlung von Renten Vereinbarungen über eine angemessene Entschädigung zu treffen.

VI. WOCHENHILFE.

Paragraph 36.

Die Erstattung der Wochenhilfeleistungen an die Krankenkassen obliegt der Regierung, in deren Gebiete die Krankenkasse ihren Sitz hat. Die nötigen Ausführungsbestimmungen werden beiderseits den zuständigen Behörden erteilt.

Die finanzielle Abrechnung für die bis zum 31. März 1922 geleisteten Erstattungen für Wochenhilfeleistungen erfolgt im übrigen nach den Richtlinien des Schlussprotokolls vom 3. Juni 1921.

VII. HEILANSTALTEN.

Paragraph 37.

Wegen gegenseitiger Benutzung der Heilanstalten und Krankenhäuser unter den Bedingungen, wie sie etwa zwischen solchen Anstalten und Versicherungsträgern des Deutschen Reichs vertraglich festgelegt sind oder wie sie sonst den Trägern der Sozialversicherung von den Anstalten gewährt werden, sollen die beteiligten Versicherungsträger alsbald miteinander in Verbindung treten und die vereinbarten Vorschläge zur Kenntnis der Aufsichtsbehörden bringen.

Paragraph 38.

Die Reichsbahnarbeiterpensionskasse I ist bereit, Arbeiter, welche bei der Pensionskasse A der Direktion der Saarbahnen im Saargebiete versichert sind, soweit Platz vorhanden, in die jetzt bestehenden Heilstätten gegen Erstattung der Selbstkosten aufzunehmen.

VIII. ENTSCHEIDUNG ÜBER STREITIGKEITEN.

A. UNFALLVERSICHERUNG.

Paragraph 39.

Über Entschädigungsansprüche aus Unfällen, die sich im Saargebiet ereignet haben, entscheiden die Versicherungsträger und Versicherungsbehörden des Saargebiets.

Paragraph 40.

Wird in Angelegenheiten der Unfallversicherung (insbesondere in Fällen der Paragraphen 660, 667, 668, 1706, 1736 R. V. O.) streitig, ob ein Versicherungsträger des Saargebiets oder ein deutscher Versicherungsträger zuständig ist, so entscheidet über diese Frage ein Schiedsgericht. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und für alle Behörden und Gerichte bindend. Das Schiedsgericht entscheidet auch in den Fällen des Paragraphen 1740 R.V.O., wenn am Verteilungsverfahren Versicherungsträger des Saargebiets und deutsche Versicherungsträger beteiligt sind.

Das Schiedsgericht besteht aus je einem von den beteiligten Versicherungsträgern zu ernennenden Schiedsrichter und einem Obmann. Der Obmann wird von den beteiligten Versicherungsträgern gewählt. Einigen sie sich nicht, so ernennen den Obmann abwechselnd der Präsident des Reichsversicherungsamts und der Präsident des Landesversicherungsamts für das Saargebiet, erstmals der Präsident des Reichsversicherungsamts. Die deutschen Versicherungsträger teilen die Entscheidung des Schiedsgerichts dem Reichsversicherungsamt, die Versicherungsträger des Saargebiets dem Landesversicherungsamt für das Saargebiet mit.

Die öffentlichen Behörden und die Versicherungsträger sind verpflichtet, dem an sie ergehenden Ersuchen des Schiedsgerichts zu entsprechen. Soweit die Kosten nicht in der Entscheidung des Schiedsgerichts einem der Beteiligten auferlegt sind, werden sie zu gleichen Teilen aus Mitteln des Reichs und der Regierungskommission des Saargebiets gezahlt.

Paragraph 41.

Der für zuständig erklärte Versicherungsträger hat dem Versicherungsträger, der einem Berechtigten eine vorläufige Fürsorge zugewendet hat, seine Aufwendungen in voller Höhe zu ersetzen.

B. KRANKEN-, INVALIDEN-, ANGESTELLTENVERSICHERUNG UND KNAPPSCHAFTLICHE PENSIONS-VERSICHERUNG.

Paragraph 42.

Bei Streit über die Höhe der Rente entscheiden die zuständigen Oberversicherungsämter des Gebiets, in dem der Versicherungsträger, dessen Berechnung angefochten wird, seinen Sitz

hat. Für die Zuständigkeit des Oberversicherungsamts gelten im übrigen die allgemeinen Vorschriften (Paragraph 1678 R. V. O.). Dies gilt für die Angestelltenversicherung entsprechend. Paragraph 1693 R. V. O., Paragraph 269 A. V. G. und Paragraph 285 des im Saargebiete geltenden V. G. f. A. finden Anwendung.

Paragraph 43.

Wohnt der Versicherte zur Zeit des Antrages in dem einen Gebiet und ist oder war er zuletzt in dem anderen Gebiete beschäftigt, so hat er bei Streit über Leistungen aus der Krankenversicherung die Wahl, ob er das Versicherungsamt seines Wohnorts oder das seines Beschäftigungsorts oder das seines früheren Beschäftigungsorts angehen will. Sind hiernach mehrere Versicherungsämter zuständig, so entscheidet das Versicherungsamt, das zuerst angegangen worden ist.

Der Verurteilung einer Krankenkasse des einen Gebiets zu einer Leistung steht der Umstand nicht entgegen, dass die Entscheidung des Streits nach Abs. 1 einem Versicherungsamt des anderen Gebiets oder einer im Instanzenzug übergeordneten Behörde obliegt. Derartige Entscheidungen werden beiderseits als vollstreckbar anerkannt. Die öffentlichen Behörden beider Gebiete werden sich bei der Vollstreckung der Entscheidungen gegenseitig Rechtshilfe leisten.

Paragraph 44.

Sind an einem Streite nach Paragraphen 258, 405 Abs. 2 R. V. O. mehrere Krankenkassen beider Gebiete beteiligt, so bestimmt das Reichsversicherungsamt nach Benehmen mit dem Landesversicherungsamte für das Saargebiet das zuständige Versicherungsamt.

Paragraph 45.

Ist es streitig, ob Beiträge zur Invalidenversicherung für bestimmte Personen an deutsche Versicherungsträger oder an Versicherungsträger des Saargebiets zu entrichten sind, so entscheidet auf Antrag das Reichsversicherungsamt nach Benehmen mit dem Landesversicherungsamte für das Saargebiet. Entsprechendes gilt für die Angestelltenversicherung und die knappschaftliche Pensionsversicherung.

Paragraph 46.

Bei Streit zwischen einem deutschen Versicherungsamt und einem Versicherungsamte des Saargebiets nach Paragraph 1640 R. V. O. entscheidet das Reichsversicherungsamt nach Benehmen mit dem Landesversicherungsamt für das Saargebiet. Entsprechendes gilt für die Angestelltenversicherung und die knappschaftliche Pensionsversicherung.

C. ÜBERGANGSVORSCHRIFTEN.

Paragraph 47.

Die bei Inkrafttreten dieser Abrede bei der gemischten Kammer oder dem gemischten Senat anhängigen Streitsachen werden nach den bisherigen Vorschriften über das gemischte Verfahren (vgl. Paragraph 55 der Frankfurter Abrede und die Anlage hierzu) erledigt.

Die im bisherigen Verfahren der gemischten Gerichtsbarkeit wegen Zweifels über die Zuständigkeit nicht erledigten Streitsachen werden nach den Bestimmungen der Paragraphen 39 bis 46 erledigt.

IX. SCHLUSSBESTIMMUNGEN.

Paragraph 48.

Es wird Einverständnis der Regierungskommission des Saargebiets und der Deutschen Regierung festgestellt, dass alle aus der Regelung der Leistungen nach dieser Abrede sich ergebenden Verbindlichkeiten ausschliesslich zwischen den Versicherungsträgern bestehen.

Paragraph 49.

Nach Massgabe den Paragraphen 115, 116, 117 R. V. O., der Paragraphen 318, 319 A. V. G. und der im Saargebiete geltenden Paragraphen 322, 323 des V.G.f. A. wird im Gebiete der Deutschen Regierung und im Saargebiete gegenseitig Rechtshilfe geleistet. Insoweit sind die Versicherungsträger ermächtigt, unmittelbar miteinander und mit den Versicherungsbehörden zu verkehren.

Paragraph 50.

Bei Einlegung von Rechtsmitteln in Angelegenheiten aller Zweige der Sozialversicherung gelten die gesetzlichen Fristen auch dann als gewahrt, wenn das Rechtsmittel rechtzeitig bei einer Behörde oder einem Organe der Sozialversicherung des anderen Gebiets eingegangen ist. In diesen Fällen ist die Rechtsmittelschrift unverzüglich an die zuständige Stelle abzugeben.

Paragraph 51.

Alle Akten und Geschäftspapiere über noch schwebende Angelegenheiten der Sozialversicherung, die das Saargebiet oder die Rechte seiner Einwohner betreffen, sind von den Behörden des Deutschen Reichs unmittelbar den zuständigen Behörden des Saargebiets zu übersenden.

In gleichem Umfange sind die Akten und Geschäftspapiere über bereits erledigte Angelegenheiten den zuständigen Behörden des Saargebiets auf deren Ersuchen unmittelbar zu übersenden.

Paragraph 52.

Es herrscht Einverständnis darüber, dass Meinungsverschiedenheiten, die sich aus den vorstehenden Abreden ergeben sollten, nach Massgabe von Ziffer XVI des Schlussprotokolls von Berlin vom 3. Juni 1921 zu erledigen sind.

Paragraph 53.

Diese Abrede tritt am ersten Tage des Monats in Kraft, der auf ihre Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierungskommission des Saargebiets und im Reichsgesetzblatt folgt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die vorliegende Abrede unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Geschehen in doppelter Ausfertigung in Heidelberg, am 13. Oktober 1927.

(L. S.) Dr. THISEN.

(L. S.) SCHERESCHEWSKY.

(L. S.) A. GRIESER.

ANLAGE

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER RENTENZUSCHUSSKASSE DER EISENBAHNDIREKTION DES SAARGEBIETS
UND DEN REICHSBAHNARBEITERPENSIONSKASSEN I UND II, ABTEILUNG B.

Paragraph 1.

Die vertragschliessenden Arbeiterpensionskassen halten es für geboten, die Zusatzrenten sowie die Witwen- und Waisenzusatzrenten angemessen aufzubessern, die Altrentner und Altrentner-Hinterbliebene von der Rentenzuschusskasse der Eisenbahndirektion des Saargebiets nach deren Satzung vom 30. September 1925 (Tafel D) gegenwärtig beziehen.

Als Altrentner und Altrentner-Hinterbliebene im Sinne dieses Abkommens gelten die Personen, die als Empfänger von Zusatzrenten sowie von Witwen- oder Waisenzusatzrenten für Hinterbliebene ehemaliger Mitglieder der Abteilung B der Reichsbahnarbeiterpensionskassen I und II oder als bereits Anspruchsberechtigte auf solche Renten am 1. Juni 1923 im Saargebiet gewohnt haben.

Paragraph 2.

Unbeschadet der beiderseitigen Rechtsauffassungen stellen die Reichsbahnarbeiterpensionskassen I und II, Abteilung B, zur Aufbesserung der Bezüge der gesamten Altrentner und Altrentner-Hinterbliebenen als Vorschusszahlungen auf ein etwa künftig der Rentenzuschusskasse zufallendes Auseinandersetzungsguthaben gewisse laufende Zuwendungen zur Verfügung, ohne damit jedoch nach Grund oder Betrag einen Anspruch der Rentenzuschusskasse auf ein Auseinandersetzungsguthaben anzuerkennen.

Paragraph 3.

Die Rentenzuschusskasse wird die bisherigen Renten auch weiterhin aufbringen. Die Zuwendungen der Reichsbahnarbeiterpensionskassen I und II, Abteilung B, sollen dazu dienen, den Altrentnern und Altrentner-Hinterbliebenen vom 1. Oktober 1926 an Bezüge in Höhe der Rentenklasse II der Stufentafel vom 1. Januar 1924 der Reichsbahnarbeiterpensionskassen I und II, Abteilung B, zu gewähren. Die danach zahlbaren Renten dürfen jedoch nicht höher sein, als die entsprechenden, nach der Stufentafel der Neurentner berechneten Renten der Rentenzuschusskasse.

Paragraph 4.

Die Rentenzuschusskasse verpflichtet sich ihrerseits, den Altrentnern und Altrentner-Hinterbliebenen auch weiterhin Leistungen zu gewähren, die mindestens der Kaufkraft der von ihr am 1. Oktober 1926 gezahlten Altrentnerbezüge entsprechen; dabei ist der amtliche LebenshaltungsindeX des Statistischen Amtes der Stadt Saarbrücken zugrunde zu legen. Der Umrechnungskurs (R. M. : Fr.) wird unter Anlehnung an den jeweiligen Berliner Börsenkurs in einem einfachen Verhältnis von Zeit zu Zeit vereinbart.

Paragraph 5.

Die Rentenzuschusskasse wird für die Dauer der Geltung dieses Abkommens von ihrem satzungsmässigen Rechte Altrentnern und Altrentner-Hinterbliebenen den Rentenzuschuss zu entziehen, keinen Gebrauch machen.

Paragraph 6.

Die Rentenzuschkasse wird den Reichsbahnarbeiterpensionskassen I und II, Abteilung B, baldmöglichst ein Verzeichnis ihrer Rentenempfänger unter Angabe ihrer Mitgliedsjahre und der ihnen am 1. Oktober 1926 gezahlten Renten einreichen.

Die Art der Zahlungsleistung und der gegenseitigen Abrechnung bleibt unmittelbarer Vereinbarung zwischen den Vorständen der Kassen vorbehalten.

Paragraph 7.

Die Vertragsschliessenden behalten sich vor dieses Abkommen jeweils zum letzten eines Monats mit vierteljährlicher Kündigungsfrist zu kündigen.

Reichsbahn-Arbeiterpensionskassen I und II, Abteilung B.

Vorstand der Reichsbahn-Arbeiterpensionskasse I.

BERLIN, den 23. August 1927.

(Unterschrift)

Reichsbahn-Arbeiterpensionskasse II.

(Unterschrift)

Rentenzuschkasse der Eisenbahndirektion des Saargebiets.

SAARBRÜCKEN, den 5 September 1927.

(Unterschrift)

¹ TRADUCTION.

N^o 1629. — ACCORD ENTRE L'ALLEMAGNE ET LA COMMISSION DE GOUVERNEMENT DU TERRITOIRE DE LA SARRE RELATIF AUX ASSURANCES SOCIALES DU TERRITOIRE DE LA SARRE. SIGNÉ A HEIDELBERG, LE 13 OCTOBRE 1927.

LA COMMISSION DE GOUVERNEMENT DU TERRITOIRE DE LA SARRE, représentée par M. le D^r THISSEN, directeur ministériel et M. SCHERESCHEWSKY, inspecteur supérieur des mines et LE GOUVERNEMENT ALLEMAND, représenté par M. GRIESER, directeur au Ministère du Travail du Reich, considérant les changements survenus dans la législation et les conditions économiques, ont convenu de procéder à un nouvel examen de l'Arrangement des 31 mai/21 juillet 1923 (Arrangement de Francfort) relatif à l'application des principes énoncés dans le Protocole final du 3 juin 1921, concernant les assurances sociales. A cet effet, ils sont convenus du nouvel accord suivant, qui est substitué à l'arrangement mentionné.

I. ASSURANCE-ACCIDENTS

A. DISPOSITIONS PRÉLIMINAIRES.

Paragraphe premier.

L'Association corporative industrielle et l'Association corporative agricole du Territoire de la Sarre assument, à dater du 1^{er} janvier 1922, le paiement des indemnités dues par des Associations corporatives du Reich allemand, pour des accidents survenus dans des entreprises du

¹ TRANSLATION.

No. 1629. — AGREEMENT BETWEEN GERMANY AND THE SAAR TERRITORY GOVERNING COMMISSION REGARDING SOCIAL INSURANCE IN THE SAAR TERRITORY. SIGNED AT HEIDELBERG, OCTOBER 13, 1927.

THE GOVERNING COMMISSION OF THE SAAR TERRITORY, represented by Dr. THISSEN, Ministerial Director, and M. SCHERESCHEWSKI, Chief Inspector of Mines, and THE GERMAN GOVERNMENT, represented by M. GRIESER, Director in the Reich Ministry of Labour, have agreed, in view of the changes that have occurred in legislation and economic conditions, to revise the Agreement of May 31-July 21, 1923, (Frankfort Agreement), regarding the application of the principles laid down in the Final Protocol of June 3, 1921, concerning matters of social insurance, and have accordingly decided to conclude the following new Agreement, which shall take the place of the Agreement mentioned above.

I. INSURANCE AGAINST ACCIDENTS.

A. INTRODUCTORY PROVISIONS.

Paragraph 1.

As from January 1, 1922, the Industrial Co-operative Association and the Agricultural Co-operative Association for the Saar Territory shall be responsible for paying claims for compensation against Co-operative Associations of the German Reich in respect of accidents which

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

Territoire de la Sarre. Elles assument également le paiement des indemnités revendiquées après le 31 décembre 1921, en vertu du paragraphe 608 du Code des Assurances du Reich (*Reichsversicherungsordnung*), pour un accident survenu avant le 1^{er} janvier 1922. Les Associations corporatives du Reich allemand sont libérées des obligations correspondantes.

Paragraphe 2.

Les dossiers concernant ces accidents, y compris ceux des affaires pendantes à la date du 31 décembre 1921, seront transmis directement, et en l'état où ils se trouveront à cette date, par les Associations corporatives du Reich allemand, aux Associations corporatives du Territoire de la Sarre. Seront de même transmises les demandes qui parviendront ultérieurement, si elles se rapportent à des accidents survenus jusqu'au 31 décembre 1921. En outre, les Associations corporatives du Reich allemand mettront directement à la disposition des Associations corporatives du Territoire de la Sarre, toutes les pièces nécessaires pour l'organisation et le fonctionnement de ces dernières.

Paragraphe 3.

Les organes d'assurance pourront s'adresser directement aux offices d'assurance des deux territoires, pour éclaircir des affaires d'assurances, pour leur demander de se prononcer sur des oppositions ou de formuler des avis, etc.

B. DISPOSITIONS FINANCIÈRES.

Paragraphe 4.

Dans les cas où les rentes versées par l'Association corporative industrielle et l'Association corporative agricole du Territoire de la Sarre ne seraient pas encore fixées sur la base du revenu annuel effectif ou moyen du travail, tel qu'il est déterminé dans le Code des Assurances du Reich, la Commission de Gouvernement du Territoire de la Sarre les portera, aussitôt que possible, à un niveau correspondant à ces bases.

have occurred in works in the Saar Territory. They shall also assume responsibility for claims established after December 31, 1921, in virtue of paragraph 608 of the Reich Insurance Regulations (*Reichsversicherungsordnung*), in respect of accidents which occurred before January 1, 1922. Co-operative Associations in the German Reich shall be released from all responsibility in such cases.

Paragraph 2.

The documents concerning such accidents, including those concerning cases pending on December 31, 1921, shall be handed over by the Co-operative Associations in the German Reich direct to the Co-operative Associations in the Saar territory, in the state in which they were on that date. Claims submitted after December 31, 1921, in respect of accidents which occurred on or before that date shall likewise be handed over. Furthermore, the Co-operative Associations in the German Reich shall place at the direct disposal of the Co-operative Associations in the Saar Territory all documents required for the organisation and conduct of their business.

Paragraph 3.

The insurance institutes may apply direct to the insurance Offices in either territory to elucidate insurance matters, to pronounce upon objections, to give an opinion, and for other similar purposes.

B. FINANCIAL PROVISIONS.

Paragraph 4.

Annuities paid by the Industrial Co-operative Association and the Agricultural Co-operative Association for the Saar Territory which have not yet been fixed on the basis of the actual or average year's earnings within the meaning of the Reich Insurance Regulations shall as soon as possible be raised by the Governing Commission of the Saar Territory to the required amount.

Paragraphe 5.

Les Associations corporatives allemandes mettront à la disposition des Associations corporatives du Territoire de la Sarre les ressources nécessaires pour assurer l'augmentation des rentes visées au paragraphe 4. Les Associations corporatives intéressées conclueront des arrangements détaillés concernant le calcul, le versement et la justification de l'emploi de ces augmentations. Ces arrangements devront être soumis à l'approbation de la Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et du Gouvernement allemand.

Paragraphe 6.

Les sommes qu'exige l'application du paragraphe 5 sont accordées aux Associations corporatives du Territoire de la Sarre par les Associations corporatives allemandes, à titre de prêts. Les prêts ne portent pas intérêt jusqu'à l'expiration du délai prévu au paragraphe 34 de l'Annexe aux articles 45 à 50 du Traité de Versailles et leur remboursement ne peut être demandé avant cette date. A l'expiration de ce délai, les Associations corporatives allemandes et les Associations corporatives du Territoire de la Sarre procéderont au partage définitif des fonds.

Paragraphe 7.

L'Association corporative industrielle et l'Association corporative agricole du Territoire de la Sarre n'assument aucune partie de la dette flottante (paragraphe 779 du Code des Assurances du Reich).

Paragraphe 8.

L'Association corporative minière du Territoire de la Sarre prend à sa charge le paiement des indemnités pour tous les accidents survenus dans les entreprises minières du Territoire de la Sarre ; en ce qui concerne les accidents survenus jusqu'au 17 janvier 1920, elle n'assume toutefois cette charge que si l'ayant-droit résidait le 1^{er} juin 1923 dans le Territoire de la Sarre. Dans les autres cas, il incombe à l'Association corporative minière allemande d'assurer les prestations dues aux ayants-droit.

Les paragraphes 4, 5, 6 s'appliquent par analogie.

Paragraphe 5.

The German Co-operative Associations shall place at the disposal of the Co-operative Associations in the Saar Territory the funds required to increase the annuities mentioned in paragraph 4. The Co-operative Associations concerned will conclude more detailed agreements concerning the assessment, payment and verification of the employment of cash increases. The agreements shall be submitted for approval to the Governing Commission of the Saar Territory and to the German Government.

Paragraphe 6.

The sums required under paragraph 5 shall be advanced to the Co-operative Associations in the Saar Territory by the German Co-operative Associations. The loan shall neither bear interest before the expiry of the period laid down in paragraph 34 of the Annex to Articles 45-50 of the Treaty of Versailles nor be called in before that date. On the expiry of this period there shall be a final settlement between the German Co-operative Associations and the Co-operative Associations in the Saar Territory.

Paragraphe 7.

The Industrial and Agricultural Co-operative Associations in the Saar Territory shall not take over any part of the floating debt (paragraph 779, Reich Insurance Regulations).

Paragraphe 8.

The Saar Miners' Co-operative Association shall assume responsibility in respect of compensation for all accidents in mining undertakings in the Saar Territory, but in the case of accidents on or before January 17, 1920, it shall only be bound to do so if the beneficiary was resident in the Saar Territory on June 1, 1923. In all other cases the German Miners' Co-operative Association shall still be responsible for the payment of insurance benefits.

Paragraphs 4, 5 and 6 shall apply *mutatis mutandis*.

C. DISPOSITIONS DIVERSES.

Paragraphe 9.

Les Associations corporatives intéressées régleront entre elles les questions relatives à la répartition des charges occasionnées par le paiement des pensions dues au personnel retraité des anciennes Associations corporatives du Territoire de la Sarre, ainsi que les questions relatives à la conservation des droits expectatifs du personnel non retraité de ces associations. Elles soumettront leurs arrangements à l'approbation des organes de contrôle compétents.

Paragraphe 10.

La Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et le Gouvernement allemand acceptent en principe que l'Association corporative industrielle du Territoire de la Sarre prenne à son compte, par contrat, pour les besoins de l'administration, l'immeuble qu'elle utilise actuellement et qui appartient à l'Association corporative des Industries du fer et de l'acier de l'Allemagne du Sud (*Süddeutsche Eisen-und-Stahl Berufsgenossenschaft*).

Le contrat stipulera les conditions auxquelles l'Association corporative des Industries du fer et de l'acier de l'Allemagne du Sud reprendra l'immeuble, au cas où l'Association corporative industrielle du Territoire de la Sarre viendrait à être dissoute ou dans le cas où sa composition serait modifiée autrement que par sa réunion aux Associations corporatives allemandes correspondantes.

Le contrat devra être soumis à l'approbation de la Commission de Gouvernement du Territoire de la Sarre et du Gouvernement allemand.

II. ASSURANCE-INVALIDITÉ ET ASSURANCE DES SURVIVANTS

A. DISPOSITIONS PRÉLIMINAIRES.

Paragraphe 11.

Les organes d'assurance du Territoire de la Sarre assument, à partir du 1^{er} avril 1922, la

C. VARIOUS PROVISIONS.

Paragraph 9.

The Co-operative Associations concerned will settle between themselves questions relating to the division of liabilities in the matter of annuities due to employers formerly members of Co-operative Associations in the Saar Territory and the guaranteeing of reversionary annuities. They shall submit their arrangements for approval to the competent supervisory authorities.

Paragraph 10.

The Governing Commission of the Saar Territory and the German Government agree in principle that the Industrial Co-operative Association for the Saar Territory shall take over under contract, for administrative purposes, the property belonging to the South German Iron and Steel Co-operative Association (*Süddeutsche Eisen-und-Stahl Berufsgenossenschaft*) which it at present uses.

The contract shall lay down the conditions under which the South German Iron and Steel Co-operative Association is to take back the property should the Industrial Co-operative Association for the Saar Territory be dissolved or should its composition be modified in a way other than by its reunion with the corresponding German Co-operative Associations.

The contract shall be submitted for approval to the Governing Commission of the Saar Territory and to the German Government.

II. INVALIDITY INSURANCE AND SURVIVING DEPENDANTS' (LIFE) INSURANCE.

A. INTRODUCTORY PROVISIONS.

Paragraph 11.

As from April 1, 1922, insurance institutes in the Saar Territory shall be responsible for inva-

charge de l'assurance-invalidité et de l'assurance des survivants dans le Territoire de la Sarre. Ces organes sont : l'Institut régional d'assurances du Territoire de la Sarre, l'Institut spécial de l'Association des ouvriers mineurs de la Sarre et la Caisse de pensions A) de la Direction des Chemins de fer de la Sarre à Sarrebruck.

Paragraphe 12.

Les stipulations qui suivent supposent que les dispositions relatives à l'objet de l'assurance (paragraphe 1250 sqq. du Code des Assurances du Reich) soient les mêmes dans les deux territoires et qu'à tous autres égards, il ne se produise aucune modification essentielle dans les conditions primordiales des deux territoires.

Paragraphe 13.

Les organes d'assurance de chaque territoire tiendront compte, pour le calcul de la période d'attente et la conservation des droits expectatifs, des périodes de cotisation et des périodes de remplacement pendant lesquelles l'assuré était inscrit auprès d'un organe d'assurance de l'autre territoire, si toutefois lesdites périodes sont susceptibles d'entrer en ligne de compte pour le calcul de la rente.

B. FIXATION DES PRESTATIONS.

Paragraphe 14.

Les demandes relatives à l'allocation de rentes peuvent être reçues par les offices d'assurance des deux territoires, ou directement par les organes d'assurance.

Les avis formulés par les offices d'assurance sont reconnus réciproquement.

Paragraphe 15.

Lorsqu'un organe d'assurance du Reich allemand est exclusivement compétent (paragraphe 16, alinéa premier), les offices d'assurance du Territoire de la Sarre lui expédieront les procès-verbaux des instructions auxquelles ils auront procédé, ainsi que leurs avis, par l'intermédiaire de l'Institut d'assurances du Territoire de la Sarre.

lidity insurance and for surviving dependants' insurance in the Saar Territory. The bodies concerned are the State Insurance Offices for the Saar Territory, the Special Insurance Offices of the Saarbruck Miners' Provident Association and Pension Fund A of the Saar Railways Administration at Saarbruck.

Paragraph 12.

It is assumed in the following agreements that, the regulations concerning the definition of the objects of insurance (paragraphs 1250 *et seq.*, Reich Insurance Regulations) are the same in both territories and that no essential modification will be made in the main conditions obtaining in either territory.

Paragraph 13.

As regards the assessment of the "waiting period" (*Wartezeit*) and the guaranteeing of reversionary annuities, the insurance institute in each territory shall take into account the contribution periods and compensatory periods completed while the insured person was registered with an insurance institute in the other territory, in so far as such periods may be reckoned for purposes of assessment.

B. FIXING OF AMOUNTS TO BE PAID.

Paragraph 14.

Claims for annuities can be received by the insurance offices of either territory or directly by the insurance institutes.

The expert opinions of Insurance Offices shall be mutually recognised by both Parties.

Paragraph 15.

In cases in which an insurance institute in the German Reich is alone competent (paragraph 16, sub-paragraph 1), Insurance Offices in the Saar Territory which have dealt with these cases shall forward the records of the proceedings together with the expert opinion to that institute through the Insurance Office for the Saar Territory.

Lorsque l'Institut régional d'assurances du Territoire de la Sarre est exclusivement compétent (paragraphe 16, alinéa 2), les offices d'assurance du Reich allemand lui expédieront les procès-verbaux des instructions auxquelles ils auront procédé, ainsi que leurs avis, par l'intermédiaire de l'Institut régional d'assurances de la Province rhénane.

En ce qui concerne les instituts spéciaux (*Sonderanstalten*), les services (*Dienststellen*) compétents aux termes de leurs statuts remplaceront les offices d'assurance.

Paragraphe 16.

Les instituts régionaux d'assurance et les instituts spéciaux du Reich allemand sont exclusivement compétents lorsque des cotisations n'ont été versées, pour le compte de l'assuré, qu'à des instituts régionaux d'assurances ou à des instituts spéciaux du Reich allemand.

Les organes d'assurance du Territoire de la Sarre sont exclusivement compétents lorsque des cotisations n'ont été versées, pour le compte de l'assuré, qu'auxdits organes d'assurance.

Paragraphe 17.

Si l'assuré a versé des cotisations à des organes d'assurance de l'un et l'autre territoire, le montant de la rente sera fixé, pour le territoire de la Sarre, par l'organe d'assurance compétent de ce territoire, et, pour le reste, par l'organe d'assurance compétent du Reich allemand, l'organe en question agissant, dans chaque cas, en pleine indépendance. Les organes d'assurance allemands communiqueront avec les organes d'assurance du Territoire de la Sarre par l'intermédiaire de l'Institut régional d'assurance de la Province rhénane.

L'organe compétent pour statuer sur les demandes relatives à l'allocation de rentes est l'organe d'assurance du territoire où réside l'assuré. Si ce dernier réside en dehors des deux territoires, la décision appartient à l'organe d'assurance qui reçoit, ou reçoit le premier, la demande relative à l'allocation d'une rente.

Lorsque l'organe d'assurance compétent décide que l'assuré a droit à l'allocation d'une rente, cette décision est *ipso facto* valable pour l'autre organe d'assurance.

Insurance Offices in the German Reich shall transmit the records of any cases dealt with by them, together with the expert opinion, through the Rhine Province State Insurance Office to the State Insurance Office of the Saar Territory if the latter is alone competent in the matter (paragraph 16, sub-paragraph 2).

In the case of the Special Insurance Offices (*Sonderanstalten*) the authorities (*Dienststellen*) competent according to their statutes shall take the place of the Insurance Offices.

Paragraph 16.

The German State Insurance Offices and Special Insurance Offices shall possess exclusive competence, if contributions on account of the insured person have been paid solely to German Insurance Offices.

The insurance institutes in the Saar Territory shall possess exclusive competence if contributions on account of the insured person have been paid only to them.

Paragraph 17.

If the insured person has paid contributions to insurance institutes in both territories, the amount of the annuity shall be fixed independently for the Saar Territory by the competent insurance institute in that Territory and in other cases by the competent German insurance institute. The German insurance institutes shall communicate with the insurance institutes in the Saar Territory through the Rhine Province State Insurance Office.

The authority competent to decide on claims relating to annuities shall be the insurance institute in the territory in which the insured person resides. Should he not reside in the territory of either Party, the decision concerning the claim shall rest with the insurance institute by which the application was received or first received.

If the competent insurance institute decides that the contingency entitling to benefit insurance has arisen, its decision shall be valid *ipso facto* for the other insurance institute.

Paragraphe 18.

L'organe d'assurance qui a reçu la demande-conformément au paragraphe 17, informe l'assuré de la décision prise. Si la demande est rejetée, les organes d'assurance intéressés de l'autre territoire ne seront pas avisés. S'il est donné suite à la demande, l'organe d'assurance qui fixe la rente est tenu de transmettre à l'organe d'assurance de l'autre territoire, par l'intermédiaire de l'Institut régional d'assurance de la Province rhénane, le dossier accompagné d'un projet de décision conforme aux prescriptions du paragraphe 1631 du Code des Assurances du Reich. L'organe d'assurance de l'autre territoire restitue le dossier dans un délai d'un mois, en y joignant un décompte dans lequel il devra indiquer la part de la rente qui est à sa charge, conformément aux prescriptions législatives en vigueur sur son territoire. L'organe d'assurance qui fixe la rente informe ensuite l'assuré du montant total de la rente qui lui est allouée et de sa composition.

C. MODIFICATION OU RETRAIT DE RENTES

Paragraphe 19.

Les instituts intéressés sont autorisés à vérifier, en tout temps et par eux-mêmes, si le titulaire de la rente y a encore droit.

Paragraphe 20.

S'il est établi ou supposé que la situation du titulaire de la rente s'est modifiée, l'institut d'assurance dans le ressort duquel se trouve le domicile du titulaire de la rente, procédera aux investigations nécessaires.

Il devra également procéder à ces investigations si l'autre institut lui en fait la demande.

Lorsqu'il y a lieu de modifier une rente en raison de l'augmentation ou de la diminution du nombre des enfants ou des orphelins, l'initiative appartient à l'institut qui est en possession du dossier.

Paragraph 18.

The insurance institute which received the application, in conformity with paragraph 17, shall inform the insured person of the decision taken. If the application is rejected, the insurance institutes concerned in the other territory will not be notified. If it is allowed, the insurance institute which fixes the amount of the annuity shall forward the file, together with a draft decision to the insurance institute in the other territory, through the Rhine Province State Insurance Offices, in accordance with the provisions of paragraph 1631 of the Reich Insurance Regulations. The insurance institute in the other territory shall return the file within a month, together with a statement showing the proportion of the annuity for which it is liable under the legislative provisions applicable in its territory. The insurance institute which fixes the amount of the annuity shall then inform the insured person of the total annuity allocated, stating how it is constituted.

C. CHANGES IN AND WITHDRAWAL OF ANNUITIES.

Paragraph 19.

The Offices concerned shall be severally competent to examine the question as to whether a person in receipt of an annuity is still entitled to receive it.

Paragraph 20.

Should changes in the circumstances of any person entitled to an annuity be proved or suspected, the Office in whose district such person resides shall institute the necessary inquiries.

It shall also institute such inquiries if so requested by the Office concerned.

Changes in annuities arising from an increase or decrease in the number of children or orphans shall be arranged for by the office which is in possession of the relevant documents.

Paragraphe 21.

Les dispositions des paragraphes 14 et 18, relatives à la procédure de fixation des rentes, sont applicables à la procédure ultérieure à suivre en vue de la modification ou du retrait d'une rente.

D. CARTES D'ASSURANCE ET TIMBRES DE COTISATION.

Paragraphe 22.

A partir du 1^{er} avril 1922, l'Institut régional d'assurance du Territoire de la Sarre émettra des cartes et des timbres qui lui seront propres.

A partir de cette date, il retirera les cartes émises par les instituts d'assurances du Reich allemand ; il signalera, par l'apposition d'un cachet spécial sur ces cartes, qu'il a repris l'assurance à partir du 1^{er} avril 1922, oblitérera tous les timbres de cotisation apposés pour la période du 1^{er} octobre 1921 au 31 mars 1922, et expédiera à l'institut d'origine du Reich allemand les cartes qu'il aura rassemblées.

Paragraphe 23.

Les cartes d'assurance de l'Institut régional d'assurance du Territoire de la Sarre seront pourvues d'un numéro d'ordre, en commençant par le numéro 1 ; il sera également mentionné sur ces cartes à quel institut d'origine auront été renvoyées les cartes correspondant aux cotisations versées avant le 1^{er} avril 1922.

Paragraphe 24.

Si un assuré quitte le Territoire de la Sarre pour se fixer sur le territoire administré par le Gouvernement allemand, le service compétent de son nouveau domicile lui délivrera une nouvelle carte d'assurance, consignera sur cette carte ainsi que sur celle de l'Institut régional d'assurance du Territoire de la Sarre, la mention visée au paragraphe 23, et renverra cette dernière carte à l'Institut d'assurances du Territoire de la Sarre.

Les dispositions du premier alinéa seront applicables *mutatis mutandis*, lorsqu'un assuré

Paragraph 21.

As regards the further procedure for effecting changes in and the withdrawal of annuities, the provisions of paragraphs 14 to 18 concerning the procedure for determining the amount of annuities shall apply.

D. CONTRIBUTION CARDS AND STAMPS.

Paragraph 22.

As from April 1, 1922, the State Insurance Office for the Saar Territory shall issue its own contribution cards and stamps.

From that date onwards it shall call in the cards issued by the Offices in the German Reich, shall stamp upon them a note to the effect that it has taken over the insurance as from April 1, 1922, shall put its mark on all contribution stamps affixed for the period of October 1, 1921, to March 31, 1922, and shall forward all the cards to the Office of origin in the German Reich.

Paragraph 23.

The contribution cards of the State Insurance Office for the Saar Territory shall be numbered with serial numbers beginning with 1 ; they shall contain a note stating to which place of origin contribution cards for amounts paid before April 1, 1922, have been forwarded.

Paragraph 24.

If an insured person moves from the Saar Territory into the territory under the German Government, the Office competent in his new place of residence shall provide him with a new contribution card, and upon this, and likewise upon the contribution card issued by the State Insurance Office, for the Saar Territory, shall make the note required under paragraph 23, and shall return the last-named card to the State Insurance Office for the Saar Territory.

The provisions of the first sub-paragraph shall apply *mutatis mutandis* if an insured person

quittera ultérieurement le territoire administré par le Gouvernement allemand pour se fixer dans le Territoire de la Sarre.

Les organes d'assurance sont autorisés à conclure des arrangements pour assurer l'exécution de la présente disposition.

Paragraphe 25.

Aucun timbre de cotisation allemand ne devra être apposé sur les cartes de l'Institut régional d'assurances du Territoire de la Sarre, ni aucun timbre de cotisation de l'Institut régional d'assurance du Territoire de la Sarre sur les cartes des instituts d'assurance allemands.

E. RÉPARTITION DES PRESTATIONS.

Paragraphe 26.

Le montant de base des rentes (paragraphe 1288, 1292 du Code des Assurances du Reich) est à la charge des organes d'assurance du Territoire de la Sarre et des organes d'assurance allemands, au prorata du nombre de cotisations hebdomadaires, comptant pour le calcul de la rente, que chaque organe d'assurance a reçues (répartition *pro rata temporis*). Lorsque l'organe d'assurance compétent aux termes de l'alinéa 2 du paragraphe 17 du présent arrangement a déterminé le nombre des cotisations hebdomadaires comptant pour le calcul de la rente, sa décision est également valable pour l'autre organe d'assurance.

Lorsque le nombre de ces cotisations hebdomadaires reçues par l'organe d'assurance de l'un des deux territoires est inférieur à vingt-six, le montant de base sera entièrement à la charge de l'organe d'assurance de l'autre territoire.

A ce montant de base s'ajoutent pour chaque organe d'assurance, les majorations (*Steigerungsbeträge*).

Paragraphe 27.

L'allocation supplémentaire du Reich (paragraphe 1285 du Code des Assurances du Reich) et les allocations supplémentaires pour les enfants (paragraphe 1291 du Code des Assurances du Reich) seront en tous cas à la charge de l'organe d'assurance compétent du territoire où réside l'ayant-droit. La présente disposition

subsequently moves from the territory under the German Government into the Saar Territory.

The insurance institutes shall be authorised to determine by common agreement the measures of execution of these provisions.

Paragraph 25.

No German stamps shall be affixed to contribution cards of the State Insurance Office of the Saar Territory, nor shall stamps of the latter Office be affixed to German contribution cards.

E. DIVISION OF LIABILITIES.

Paragraph 26.

The basic amount of the annuities (paragraphs 1288 and 1292 of the Reich Insurance Regulations) shall be borne by the insurance institutes for the Saar Territory and the German insurance institutes in the proportion of the number of weekly contributions, valid for purposes of computing the amount of the annuity received by them severally (payment *pro rata temporis*). When the insurance institute competent under the terms of paragraph 17, sub-paragraph 2 of this Agreement has determined the number of weekly contributions valid for purposes of computing the amount of the annuity, its decision shall also be binding on the other insurance institute.

If less than twenty-six valid weekly contributions have been received by the insurance institute in one territory, the insurance institute in the other territory shall be responsible for the whole of the basic amount. To the basic amount shall be added the increments (*Steigerungsbeträge*) due from each insurance institute.

Paragraph 27.

The Reich subsidy (paragraph 1285, Reich Insurance Regulations) and the extra allowances for children (paragraph 1291, Reich Insurance Regulation) shall in every case be paid by the competent insurance institute in the territory in which the insured person resides. This provision shall apply also in the event of the

s'appliquera également dans le cas où l'ayant-droit transférerait son domicile d'un territoire sur l'autre ; dans ce cas, les allocations mentionnées ci-dessus sont à la charge du territoire où se trouve le nouveau domicile de l'assuré, à dater du premier jour du mois qui suit le transfert du domicile.

F. RÈGLEMENT DE COMPTES ENTRE LES ORGANES D'ASSURANCE.

Paragraphe 28.

Les principes directeurs du Protocole final de Berlin du 3 juin 1921, concernant le règlement de comptes, continueront à être appliqués en ce qui concerne la répartition entre la Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et le Gouvernement allemand, des allocations supplémentaires du Reich versées par l'Allemagne du 10 janvier 1920 au 31 mars 1922.

Paragraphe 29.

En ce qui concerne la procédure prévue par l'Arrangement de Francfort pour le règlement de compte entre, d'une part, les organes allemands de l'assurance-invalidité et de l'assurance des survivants et, d'autre part, les organes correspondants du Territoire de la Sarre, la Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et le Gouvernement allemand décident, d'un commun accord, de renoncer à cette procédure et de lui substituer la nouvelle répartition des prestations prévue aux paragraphes 26 et 27 ci-dessus.

G. DISPOSITIONS DIVERSES.

Paragraphe 30.

Les rentes encore en cours trois mois après la date de l'entrée en vigueur du présent arrangement devront faire l'objet d'une nouvelle fixation, conformément aux règles établies aux paragraphes 26 et 27.

Sont compétents pour procéder à cette nouvelle fixation du montant des rentes accordées avant le 1^{er} avril 1922 : l'Institut régional d'assurances de la Province rhénane, pour les organes d'assurance allemands et, dans tous

beneficiary transferring his residence from one territory to the other ; in such case, the above-mentioned subsidy and extra allowances shall be borne by the territory in which the new residence is situated, as from the first day of the calendar month following the change of residence.

F. SETTLEMENT OF ACCOUNTS BETWEEN THE INSURANCE INSTITUTES.

Paragraph 28.

The principles laid down in the Final Protocol of Berlin, dated June 3, 1921, concerning the settlement of accounts, shall continue to be applied as regards the settlement of accounts between the Governing Commission of the Saar Territory and the German Government in respect of the State subsidies paid by the Reich between January 10, 1920, and March 31, 1922.

Paragraph 29.

The Governing Commission of the Saar Territory and the German Government have agreed to abandon the procedure laid down in the Frankfort Agreement for the settlement of accounts, between the German invalidity and surviving dependants' insurance institutes and those in the Saar Territory, and to substitute for it the new rules for the division of liabilities laid down in paragraphs 26 and 27 above.

G. MISCELLANEOUS.

Paragraph 30.

Annuities which are still being paid three months after the entry into force of the present Agreement shall be reassessed in accordance with the principles laid down in paragraphs 26 and 27.

The organs competent to reassess annuities fixed before April 1, 1922, shall be the Rhine Province State Insurance Office in the case of the German insurance institutes, and in all other cases the insurance institute which was

les autres cas, l'organe d'assurance qui était compétent pour statuer sur la demande d'allocation de la rente, conformément aux paragraphes 17 et 18 du présent arrangement.

Paragraphe 31.

La Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et le Gouvernement allemand prennent acte, en l'approuvant, de l'accord ci-annexé qui est intervenu entre la « *Rentenzuschusskasse* » de la direction des Chemins de fer du Territoire de la Sarre et les Caisses de pension I et II, section B, des ouvriers des Chemins de fer du Reich, au sujet du règlement de compte.

III. ASSURANCE EN FAVEUR
DES EMPLOYÉS PRIVÉS

Paragraphe 32.

Les principes énoncés au chapitre II pour l'assurance-invalidité et l'assurance des survivants s'appliquent *mutatis mutandis* à l'assurance en faveur des employés privés, compte tenu des dispositions de la loi sur l'assurance en faveur des employés privés. Les organes de cette dernière assurance rempliront dans ce cas les fonctions dévolues aux organes de l'assurance-invalidité.

La disposition du paragraphe 13 du présent arrangement s'applique également au droit de rester membre facultatif de l'assurance.

IV. CAISSES DE RETRAITE DES MINEURS

Paragraphe 33.

A dater du 1^{er} juillet 1927, les rentes d'invalidité, les pensions des veuves et les allocations aux orphelins, qui sont actuellement servies ou seront accordées à l'avenir, seront complétées, en ce qui concerne les membres de l'Association des mineurs de la Sarre (*Saarknappschaftsverein*), par un supplément mensuel, fixé comme suit :

Pour les membres de la section ouvrière :

7 Reichsmark pour chaque rente d'invalidité ;
3,50 Reichsmark pour chaque pension d'une veuve ;
2 Reichsmark pour chaque allocation d'orphelin ;

competent to give a decision regarding applications for annuities under paragraphs 17 and 18 of the present Agreement.

Paragraph 31.

The Governing Commission of the Saar Territory and the German Government take note and approve of the Agreement annexed hereto, concerning the settlement between the Supplementary Pension Fund (*Rentenzuschusskasse*) of the Railway Administration of the Saar Territory and the Reich Railway Workers' Pension Funds I and II, Section B.

III. EMPLOYEES' INSURANCE.

Paragraph 32.

The principles laid down in Section II for invalidity insurance and surviving dependant's insurance shall apply *mutatis mutandis* to employees' insurance, with due reference to the provisions of the law concerning employees' insurance. The institutes responsible for employees' insurance shall take the place of the invalidity insurance institutes.

The provisions of paragraph 13 of the present Agreement shall also apply to the right voluntarily to remain a member of an insurance fund.

IV. MINERS' PENSION INSURANCE.

Paragraph 33.

After July 1, 1927, invalidity and widows' pensions and orphans' allowances already payable or which may be granted in future shall be supplemented in the case of members of the Saar Miners' Association (*Saarknappschaftsverein*) by an additional monthly allowance, which shall be fixed as follows :

For members of the Workers' Section :

7 Reichsmark for every invalidity annuity ;
3.50 " " " widow's pension ;
2 " " " orphan's allowance.

Pour les membres de la section des employés :
 20 Reichsmark pour chaque rente d'invalidité ;
 10 Reichsmark pour chaque pension d'une
 veuve ;
 4 Reichsmark pour chaque allocation d'or-
 phelin.

L'Association des mineurs du Reich (*Reichsknappschaft*) fera parvenir à l'Association des mineurs de la Sarre, avant le 15 de chaque mois, les sommes nécessaires pour le paiement de ces suppléments au cours du mois suivant. L'Association des mineurs du Reich et l'Association des mineurs de la Sarre concluront des arrangements détaillés au sujet du calcul, du paiement et de la justification de l'emploi de ces suppléments. Ces arrangements devront être soumis à l'approbation de la Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et du Gouvernement allemand.

V. PAIEMENT DES PRESTATIONS

Paragraphe 34.

La Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et le Gouvernement allemand, désireux de protéger les titulaires de rentes contre toute perte pouvant résulter de la dépréciation de la monnaie, conviennent de remplacer la procédure actuelle de mandatement par la réglementation suivante :

Les organes d'assurance du Territoire de la Sarre et les organes d'assurance allemands auront des comptes de chèques postaux, en reichsmark, auprès d'un bureau allemand de chèques postaux. Le montant des rentes libellées en francs, qui doivent être versées à des ayants droit résidant dans une partie du territoire du Reich autre que le Territoire de la Sarre, sera fixé par l'organe d'assurance intéressé du Territoire de la Sarre, chaque mois, à une date déterminée, d'après le cours du Reichsmark à la date en question ; ledit organe d'assurance, en effectuant le transfert du montant en reichsmark, invitera l'organe d'assurance compétent du Reich allemand à exécuter le paiement des diverses rentes par des chèques-mandats, conformément à une liste des titulaires de rentes qui devra être transmise en même temps. L'organe d'assurance intéressé du Reich suivra la même procédure pour ce qui concerne les rentes libellées en reichsmark, qui doivent être versées à des ayants droit résidant dans le

For members of the Employees' Section :

20 Reichsmark for every invalidity annuity ;
 10 " " " widow's pension ;
 4 " " " orphan's allowance.

The Reich Miners' Association (*Reichsknappschaft*) shall transfer to the Saar Miners' Association, before the 15th of each month, the sums required for the payment of these supplementary allowances for the following month. The Reich Miners' Association and the Saar Miners' Association shall conclude detailed agreements concerning the assessment, payment and verification of the employment of these supplementary allowances. The agreements shall be submitted for approval to the Governing Commission on the Saar Territory and to the German Government.

V. PAYMENT OF BENEFIT.

Paragraphe 34.

The Governing Commission of the Saar Territory and the German Government, being desirous of protecting persons in receipt of annuities from any loss arising out of currency depreciation, have agreed to replace the method of payment hitherto employed by the following regulations :

The insurance institutes in the Saar Territory and the German insurance institutes shall have postal cheque accounts in Reichsmarks at a German postal cheque office. The amount of annuities payable in francs to persons in Reich Territory other than the Saar Territory shall be determined by the insurance institute concerned in the Saar Territory, each month on a fixed date, according to the value of the Reichsmark on that date ; the insurance institute, when transferring the amount in Reichsmarks, shall request the competent German insurance institute to effect payment by means of cheques payable on demand, to the beneficiaries whose names are given in a list to be forwarded at the same time. The German insurance institute concerned shall follow the same procedure for annuities payable in Reichsmarks in the Saar Territory ; in this case, the insurance institute in the Saar Territory shall convert the Reichsmarks paid into its German postal cheque account according to the rate on a fixed date,

Territoire de la Sarre ; dans ce cas, l'organe d'assurance du Territoire de la Sarre convertira les reichsmark, portés au crédit de son compte de chèques postaux allemand, d'après le cours coté à une date déterminée, qui devra être aussi rapprochée que possible de la date du paiement. Le versement des montants en reichsmark et en francs aux divers intéressés devra, dans l'un et l'autre cas, être assuré au plus tard pour le jour de l'échéance légale.

Toutes les prestations effectuées suivant la réglementation ci-dessus seront assurées en francs dans le ressort des organes d'assurance du Territoire de la Sarre, et en reichsmark dans le ressort des organes d'assurance allemands.

Paragraphe 35.

Le versement des allocations dues au titre de l'assurance-invalidité est confié, dans le Territoire de la Sarre à l'Institut régional d'assurances pour le Territoire de la Sarre à Sarrebruck, et dans les parties du territoire du Reich autres que le Territoire de la Sarre, à l'Institut régional d'assurances de la Province rhénane à Düsseldorf. Un traitement de réciprocité analogue est établi entre les institutions suivantes : l'Institut national de l'assurance en faveur des employés privés à Berlin et l'Institut de l'assurance en faveur des employés privés du Territoire de la Sarre à Sarrebruck ; l'Association des mineurs du Reich et l'Association des mineurs de la Sarre ; l'Association corporative minière du Reich et l'Association corporative minière de la Sarre ; une Association corporative industrielle qui sera désignée par le Gouvernement allemand et l'Association corporative industrielle du Territoire de la Sarre ; une Association corporative agricole qui sera désignée par le Gouvernement allemand et l'Association corporative agricole du Territoire de la Sarre.

Une réglementation analogue sera établie pour les autorités d'exécution des deux territoires.

Les organes d'assurance du Territoire de la Sarre et les organes d'assurance allemands sont autorisés à fixer, par convention, une rémunération raisonnable pour le concours qu'ils se prêteront mutuellement lors du paiement des rentes.

which shall be as near as possible to the date of payment. The payment of sums in Reichsmarks or francs to the individual beneficiaries shall in both cases be effected at latest on the day on which such sums are legally due.

All benefits under the above procedure shall be paid in francs within the area of the insurance institutes in the Saar Territory, and in Reichsmark within that of the German Insurance institutes.

Paragraph 35.

The payment of invalidity insurance benefits in the Saar Territory shall devolve upon the State Insurance Office for the Saar Territory at Saarbruck, and in the Reich Territory outside the Saar Territory on the Rhine Province State Insurance Office at Düsseldorf. A system of reciprocal treatment shall be established between : The Reich Insurance Office for Employees at Berlin and the Insurance Office for Employees in the Saar Territory at Saarbruck ; the Reich Miners' Association and the Saar Miners' Association ; the German Miners' Co-operative Association and the Saar Miners' Co-operative Association ; an Industrial Co-operative Association appointed by the German Government and the Industrial Co-operative Association for the Saar Territory ; an Agricultural Co-operative Association appointed by the German Government and the Agricultural Co-operative Association for the Saar Territory.

Corresponding regulations shall be established for the executive authorities in the two territories.

The insurance institutes in the Saar Territory and the German insurance institutes shall be empowered to conclude agreements fixing a reasonable compensation for mutual assistance in the payment of annuities.

VI. ASSISTANCE AUX FEMMES EN COUCHES

Paragraphe 36.

Le remboursement aux caisses d'assurance-maladie des prestations accordées aux femmes en couches incombe au Gouvernement sur le territoire duquel la caisse d'assurance-maladie a son siège. Les instructions nécessaires seront données à cet effet aux services compétents des deux Parties.

Le règlement de comptes concernant les allocations aux femmes en couches remboursées jusqu'au 31 mars 1922, s'effectuera par ailleurs conformément aux principes directeurs du Protocole final du 3 juin 1921.

VII. ÉTABLISSEMENTS HOSPITALIERS

Paragraphe 37.

Les organes d'assurance intéressés s'entendront, le plus tôt possible, au sujet de l'utilisation réciproque des établissements hospitaliers et des maisons de santé, soit aux conditions fixées par les contrats entre ces établissements et certains organes d'assurance du Reich allemand, soit aux conditions généralement accordées par ces établissements aux organes des assurances sociales ; les arrangements intervenus devront être communiqués aux autorités de contrôle.

Paragraphe 38.

La caisse de pensions I des ouvriers des Chemins de fer du Reich accepte de recevoir dans ses maisons de santé actuellement existantes, contre remboursement des frais effectifs et jusqu'à concurrence du nombre de places disponibles, les ouvriers assurés auprès de la caisse de pensions A de la direction des Chemins de fer du Territoire de la Sarre.

VIII. CONTENTIEUX.

A. ASSURANCE-ACCIDENTS.

Paragraphe 39.

Les organes et les autorités d'assurance du Territoire de la Sarre connaissent de toutes les

VI. MATERNITY BENEFIT.

Paragraphe 36.

The refunding of maternity benefits to the Sickness Insurance Funds shall devolve upon the Government in whose territory the Sickness Insurance Funds concerned have their head offices. The necessary executive provisions shall be notified by either side to the competent authorities.

The settlement of accounts in regard to maternity benefits refunded up to March 31, 1922, shall be carried out in accordance with the principles laid down in the Final Protocol of June 3, 1921.

VII. HOSPITALS.

Paragraphe 37.

In view of the fact that sanatoria and hospitals are used by both parties, either as the result of agreements concluded between such institutions and insurances institutes in the German Reich, or by reason of some other arrangement by which these institutions grant special facilities to social insurance institutes, the insurance institutes concerned shall get into touch with one another as soon as possible, and shall inform the supervising authorities of any proposals which have been agreed upon.

Paragraphe 38.

Pension Fund I of the Reich Railway Workers is prepared to admit workers insured with Pension Fund A of the Administration of the Saar Railways in the Saar Territory to the existing hospitals and institutions, so far as accommodation permits, on payment of actual expenses.

VIII. SETTLEMENT OF DISPUTES.

A. INSURANCE AGAINST ACCIDENTS.

Paragraphe 39.

The insurance institutes and insurance authorities in the Saar Territory shall decide all

demandes d'indemnité relatives à des accidents qui surviennent dans le Territoire de la Sarre.

claims for compensation arising out of accidents which have occurred in the Saar Territory.

Paragraphe 40.

Lorsqu'un litige surgit en matière d'assurance-accidents (notamment dans les cas prévus aux paragraphes 660, 667, 668, 1706, 1736 du Code des assurances du Reich), au sujet de la question de savoir si un organe d'assurance du Territoire de la Sarre ou un organe d'assurance allemand est compétent, l'affaire est soumise à la décision d'un tribunal arbitral. La décision du tribunal arbitral est définitive; elle est obligatoire pour toutes les autorités administratives et judiciaires. Le tribunal arbitral statue même dans les cas prévus au paragraphe 1740 du Code des assurances du Reich, lorsque des organes d'assurance du Territoire de la Sarre et des organes d'assurance allemands participent à la procédure de répartition.

Le tribunal arbitral se compose de deux arbitres et d'un surarbitre; chacun des organes d'assurance intéressés désigne un arbitre. Le surarbitre est choisi par les organes d'assurance intéressés. Si ces derniers ne peuvent s'entendre, le surarbitre est désigné, à tour de rôle, par le Président de l'Office des assurances du Reich et le président de l'Institut régional d'assurances du Territoire de la Sarre; le premier surarbitre sera désigné par le président de l'Office des assurances du Reich. Les organes d'assurance allemands communiquent la décision du tribunal arbitral à l'Office des assurances du Reich et les organes d'assurance du Territoire de la Sarre à l'Office régional d'assurances pour le Territoire de la Sarre.

Les administrations publiques et les organes d'assurances sont tenus de donner suite aux requêtes qui leur seront adressées par le tribunal arbitral. Pour autant que la décision du tribunal arbitral ne met pas les frais à la charge de l'une des Parties intéressées, ils seront répartis, par moitié, entre le Reich et la Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre.

Paragraphe 41.

Lorsqu'un organe d'assurance a accordé des secours provisoires à un assuré, l'organe d'assurance déclaré compétent est tenu de lui rembourser intégralement ces dépenses.

Paragraph 40.

Should a dispute arise in the matter of accident insurance (more particularly in the cases mentioned in paragraphs 660, 667, 668, 1706, 1736 of the Reich Insurance Regulations) as to whether an insurance institute in the Saar Territory or a German insurance institute is competent, the question shall be submitted for decision to an arbitral tribunal. The latter's decision shall be final and binding on all the authorities and courts. The arbitral tribunal shall be competent to pass decisions, even in the cases mentioned in paragraph 1740 of the Reich Insurance Regulations, if insurance institutes in the Saar Territory and German insurance institutes are parties in the procedure for the division of liabilities.

The arbitral tribunal shall consist of two arbitrators, appointed respectively by the insurance institutes concerned, and of an umpire, who shall be chosen by the said insurance institutes. If the latter cannot agree, the umpire shall be chosen in turn by the President of the Reich Insurance Office and the President of the State Insurance Office for the Saar Territory, in the order named. The German insurance institutes shall communicate the decision of the arbitral tribunal to the Reich Insurance Office and the insurance institutes in the Saar Territory to the State Insurance Office for the Saar Territory.

The public authorities and the insurance institutes shall be bound to comply with requests from the arbitral tribunal. Unless the costs are given against one of the parties by decision of the arbitral tribunal, they shall be paid in equal shares out of the funds of the Reich and of the Governing Commission of the Saar Territory.

Paragraph 41.

If an insurance institute has granted temporary relief to an insured person, the insurance institute which is declared liable shall be bound to refund such expenditure in full.

B. ASSURANCE-MALADIE, ASSURANCE-INVALIDITÉ, ASSURANCE EN FAVEUR DES EMPLOYÉS PRIVÉS ET CAISSE DES PENSIONS MINIÈRES.

Paragraphe 42.

Tout litige au sujet du montant de la rente est soumis à la décision de l'Office supérieur d'assurance compétent du territoire où se trouve le siège de l'organe d'assurance dont les calculs sont contestés. En ce qui concerne la compétence de l'Office supérieur d'assurance, il convient d'appliquer les dispositions générales (paragraphe 1678 du Code des assurances du Reich). La même disposition s'applique, *mutatis mutandis*, à l'assurance en faveur des employés privés. Le paragraphe 1693 du Code des assurances du Reich, le paragraphe 269 de la loi sur l'assurance en faveur des employés privés et le paragraphe 285 de la loi sur l'assurance des employés qui est en vigueur dans le Territoire de la Sarre, sont applicables.

Paragraphe 43.

Si l'assuré, au moment où il formule la demande, réside dans l'un des deux territoires, et s'il est, ou était en dernier lieu, occupé sur l'autre territoire, il a le choix, en cas de litige au sujet des prestations de l'assurance-maladie, de s'adresser à l'Office d'assurance du lieu de sa résidence, à celui du lieu où il est actuellement occupé ou, enfin, à celui du lieu où il était occupé en dernier lieu. Si plusieurs offices d'assurance sont compétents, aux termes de la présente disposition, la décision appartient à l'Office d'assurance auquel l'intéressé s'est adressé en premier lieu.

Une caisse d'assurance-maladie de l'un des deux territoires peut être condamnée à une prestation, nonobstant le fait qu'en vertu de l'alinéa *rer*, il appartient à un office d'assurance de l'autre territoire ou à une instance de recours supérieure, de trancher le litige. Ces décisions sont réciproquement reconnues comme exécutoires. Les administrations publiques des deux territoires se prêteront un concours mutuel en vue de l'exécution des décisions.

Paragraphe 44.

Si plusieurs caisses d'assurance-maladie de l'un et l'autre territoires sont parties à un

B. SICKNESS INSURANCE, INVALIDITY INSURANCE, EMPLOYEES' INSURANCE, AND MINERS' PENSION INSURANCE.

Paragraph 42.

Any dispute concerning the amount of a pension shall be submitted for decision to the competent superior Insurance Offices in the territory in which the insurance institute whose assessment is disputed has its headquarters. As regards the competence of the superior Insurance Office, the general principles laid down (paragraph 1678 of the Reich Insurance Regulations) shall be applied. This shall apply also *mutatis mutandis* to employees' insurance. Paragraph 1693 of the Reich Insurance Code, paragraph 269 of the law concerning employees' insurance, and paragraph 285 of the law concerning employees' insurance in force in the Saar Territory shall be applicable.

Paragraph 43.

If, when submitting the application, the insured person is living in one of the two territories, and if he is or was last employed in the other territory, he shall have the choice, in the case of disputes concerning sickness insurance benefits, of applying to the Insurance Office in his place of residence, the Office in the place in which he is employed, or the Office in the place in which he was last employed. If, under the terms of this provision, several Insurance Offices are responsible, the decision shall rest with the one to which the insured person first applied.

A sick fund in one of the two territories may still be obliged to grant a benefit, even if under paragraph 1, the decision in regard to the dispute rests with an insurance office in the other territory or a higher instance of appeal. Such decisions shall be recognised by both parties as executory. The public authorities in the two territories shall accord one another mutual legal assistance in the execution of decisions.

Paragraph 44.

If several sick funds in both territories are parties to a dispute under paragraphs 258

litige, en vertu des paragraphes 258 et 405, alinéa 2, du Code des assurances du Reich, l'office d'assurance compétent est désigné par l'Office d'assurance du Reich, après entente avec l'Office régional d'assurance du Territoire de la Sarre.

Paragraphe 45.

Lorsque le litige porte sur la question de savoir si les cotisations de l'assurance-invalidité pour des assurés déterminés doivent être versées à un organe d'assurance allemand ou à un organe d'assurance du Territoire de la Sarre, l'affaire est soumise, à la demande des intéressés, à l'Office d'assurance du Reich qui décide après entente avec l'Office régional d'assurance du Territoire de la Sarre. Les mêmes prescriptions s'appliquent, *mutatis mutandis*, à l'assurance en faveur des employés privés et aux caisses de pensions minières.

Paragraphe 46.

Lorsqu'il surgit entre un office d'assurance allemand et un office d'assurance du Territoire de la Sarre un litige fondé sur le paragraphe 1640 du Code des Assurances du Reich, le différend est tranché par l'Office d'assurance du Reich, après entente avec l'Office régional d'assurance du Territoire de la Sarre. Les mêmes prescriptions s'appliquent, *mutatis mutandis*, à l'assurance en faveur des employés privés et aux caisses de pensions minières.

C. DISPOSITIONS DE TRANSITION.

Paragraphe 47.

Les litiges pendants devant la Chambre mixte ou le Sénat mixte à la date de l'entrée en vigueur du présent arrangement, seront réglés d'après les dispositions sur la procédure mixte, applicables jusqu'à présent (cf. paragraphe 55 de l'Arrangement de Francfort et son annexe).

Les litiges qui, pour cause de doute au sujet de la compétence, n'ont pas été tranchés d'après la procédure antérieure de la juridiction mixte, seront réglés d'après les dispositions des paragraphes 39 à 46.

and 405, sub-paragraph 2, of the Reich Insurance Regulations, the competent insurance office shall be appointed by the Reich Insurance Office, after consultation with the State Insurance Office for the Saar Territory.

Paragraph 45.

In the case of a dispute as to whether invalidity insurance contributions for specific persons are to be paid to German insurance institutes or insurance institutes in the Saar Territory, the matter shall upon request be submitted to the Reich Insurance Office, which shall give a decision after consultation with the State Insurance Office for the Saar Territory. The same shall apply *mutatis mutandis* in the case of employees' insurance and miners' pension insurance.

Paragraph 46.

Should a dispute arise between a German Insurance Office and an Insurance Office in the Saar Territory, under paragraph 1640 of the Reich Insurance Regulations, it shall be settled by the Reich Insurance Office after consultation with the State Insurance Office for the Saar Territory. The same shall apply *mutatis mutandis* in the case of employees' insurance and miners' pension insurance.

C. TRANSITIONAL PROVISIONS

Paragraph 47.

Disputes pending before the Mixed Chamber or the Mixed Senate on the entry into force of the present Agreement shall be settled in accordance with the provisions concerning mixed procedure hitherto applicable (Cf. paragraph 55 of the Frankfurt Agreement and the Annex thereto).

Disputes which, owing to doubt concerning the question of competence, have not been settled in accordance with the procedure before the mixed Chamber of Senate hitherto in force, shall be settled in accordance with the provisions of paragraphs 39 to 46.

IX. DISPOSITIONS FINALES

Paragraphe 48.

La Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et le Gouvernement allemand constatent, d'un commun accord, que toutes les obligations découlant du règlement des prestations, selon le présent arrangement, n'existent qu'entre les organes d'assurance.

Paragraphe 49.

Les autorités administratives et judiciaires du Reich allemand et du Territoire de la Sarre se prêteront un concours mutuel, dans la mesure où le prévoient les paragraphes 115, 116, 117 du Code des assurances du Reich, les paragraphes 318, 319 de la loi sur l'assurance en faveur des employés privés et les paragraphes 322, 323 de la loi sur l'assurance des employés qui est en vigueur dans le Territoire de la Sarre. A cet effet, les organes d'assurance sont autorisés à communiquer directement entre eux et avec les autorités d'assurance.

Paragraphe 50.

Lorsqu'un recours est exercé dans un litige touchant à l'une des branches des assurances sociales, les délais légaux seront considérés comme ayant été observés même lorsque l'acte de recours aura été adressé à une autorité ou un organe des assurances sociales de l'autre territoire, à la condition toutefois que le recours ait été exercé en temps utile. Dans ce cas, l'acte de recours (*Rechtsmittelschrift*) devra être transféré immédiatement à l'autorité compétente.

Paragraphe 51.

Tous les dossiers et toutes les pièces concernant des affaires d'assurances sociales encore pendantes et relatives au Territoire de la Sarre ou à des droits de ses habitants, devront être expédiés directement par les autorités du Reich allemand aux autorités compétentes du Territoire de la Sarre. De même, les dossiers et les pièces concernant les affaires déjà réglées devront être transmis directement, sur leur demande, aux autorités compétentes du Territoire de la Sarre.

IX. FINAL PROVISIONS.

Paragraph 48.

The Governing Commission of the Saar Territory and the German Government jointly declare that all obligations arising out of the settlement in regard to liabilities in accordance with the present Agreement shall exist exclusively between the insurance institutes.

Paragraph 49.

The authorities in the territory of the German Government and in the Saar Territory shall give one another mutual legal assistance as provided in paragraphs 115, 116 and 117 of the Reich Insurance Regulations, paragraphs 318 and 319 of the law concerning employees' insurance, and paragraphs 322 and 323 of the law concerning employees' insurance in force in the Saar Territory. For this purpose the insurance institutes shall be authorised to communicate direct with one another and with the insurance authorities.

Paragraph 50.

If an appeal in matters concerning any branch of social insurance has been lodged within the prescribed time-limit, the legal term shall be deemed to have been observed even if the appeal was lodged with an authority or a social insurance institute in the other territory. In such cases the notice of appeal (*Rechtsmittelschrift*) shall be forwarded at once to the competent office.

Paragraph 51.

All files and documents relating to social insurance cases still pending, which concern the Saar Territory or the rights of its inhabitants, shall be forwarded direct by the authorities in the German Reich to the competent authorities in the Saar Territory.

Similarly, files and documents relating to cases already settled shall be forwarded on request direct to the competent authorities in the Saar Territory.

Paragraphe 52.

Il est entendu que tous les différends qui pourraient surgir à l'occasion de l'application du présent accord seront réglés conformément aux dispositions du N° XVI du Protocole final de Berlin, en date du 3 juin 1921.

Paragraphe 53.

Le présent accord entrera en vigueur le premier jour du mois qui suivra sa publication dans le Journal officiel (*Amtsblatt*) de la Commission de gouvernement du Territoire de la Sarre et dans le Bulletin des lois du Reich (*Reichsgesetzblatt*).

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent accord et l'ont revêtu de leur sceau.

Fait en double expédition, à Heidelberg, le 13 octobre 1927.

(Signé) Dr THISSEN.

(Signé) SCHERESCHEWSKY.

(Signé) A. GRIESER.

ANNEXE

ACCORD

ENTRE LA « RENTENZUSCHUSSKASSE » DE LA DIRECTION DES CHEMINS DE FER DU TERRITOIRE DE LA SARRE ET LES CAISSES DE PENSION I ET II, SECTION B, DES OUVRIERS DES CHEMINS DE FER DU REICH.

Paragraphe 1.

Les Caisses contractantes estiment qu'il convient de relever, dans une mesure raisonnable

Paragraph 52.

It is agreed that disputes which may arise out of the present Agreement shall be settled in accordance with the provisions of No. XVI of the Final Protocol of Berlin, dated June 3, 1921.

Paragraph 53.

The present Agreement shall come into force on the first day of the month following its publication in the Official Gazette (*Amtsblatt*) of the Governing Commission of the Saar Territory and in the Reich Legal Gazette (*Reichsgesetzblatt*).

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries, having communicated their full powers, found in good and due form, have signed the present Agreement and have affixed their seals thereto.

Done in duplicate at Heidelberg, October 13, 1927.

(L. S.) Dr. THISSEN.

(L. S.) SCHERESCHEWSKY.

(L. S.) A. GRIESER.

ANNEX

AGREEMENT

BETWEEN THE "RENTENZUSCHUSSKASSE" OF THE RAILWAYS ADMINISTRATION OF THE SAAR TERRITORY AND THE REICH RAILWAY WORKERS' PENSION FUNDS I AND II, SECTION B.

Paragraph 1.

The Contracting Workers' Pension Funds consider it necessary to raise by a reasonable

ble, les rentes supplémentaires des « anciens retraités » (*Altrentner*), ainsi que les rentes supplémentaires des veuves et orphelins, survivants d'anciens retraités (*Altrentner-Hinterbliebene*), qui sont actuellement versées par la *Rentenzuschusskasse* de la direction des Chemins de fer du Territoire de la Sarre, conformément aux dispositions de ses statuts en date du 30 septembre 1925 (Tableau D).

Seront considérés comme « anciens retraités » (*Altrentner*) et comme « survivants d'anciens retraités » (*Altrentner-Hinterbliebene*), au sens du présent Accord, les retraités titulaires d'une rente supplémentaire et ceux des survivants des anciens membres de la Section B des Caisses de pension I et II des ouvriers des Chemins de fer du Reich, qui sont titulaires d'une rente supplémentaire de veuves ou d'orphelins, de même que les personnes qui ont déjà droit à une rente de cette catégorie, à la condition que les intéressés aient eu leur résidence dans le Territoire de la Sarre à la date du 1^{er} juin 1923.

Paragraphe 2.

Sans préjudice des thèses juridiques réciproques, les caisses de pension I et II, Section B, des ouvriers des Chemins de fer du Reich, désireuses d'améliorer la situation de tous les « anciens retraités » et de leurs survivants, mettent à la disposition de la *Rentenzuschusskasse*, à titre d'avance sur les sommes qui pourraient éventuellement revenir à cette dernière lors du règlement de compte, certaines subventions courantes, sans toutefois reconnaître de ce fait, ni quant au principe, ni quant au montant, un droit quelconque de la *Rentenzuschusskasse* au solde actif qui pourrait être constaté en cas de règlement de compte.

Paragraphe 3.

La *Rentenzuschusskasse* continuera à prendre à sa charge les rentes actuellement servies. Les subventions des caisses de pensions I et II, Section B, des ouvriers des Chemins de fer du Reich serviront à accorder aux « anciens retraités » et aux « survivants d'anciens retraités », à partir du 1^{er} octobre 1926, des allocations correspondant à celles de la classe II (*Rentenklasse II*) du barème appliqué depuis le 1^{er} janvier 1924 par les caisses de pension I et II,

amount the supplementary pensions of old annuitants (*Altrentner*) and of widows and orphans, dependants of old annuitants (*Altrentner-Hinterbliebene*) at present paid by the *Rentenzuschusskasse* of the Railways Administration of the Saar Territory in conformity with its statutes of September 30, 1925 (Table D).

Old annuitants (*Altrentner*) and dependants of old annuitants (*Altrentner-Hinterbliebene*), for the purposes of the present Agreement, shall be taken to mean persons living in the Saar Territory on June 1, 1923, and in receipt of supplementary pensions, or of supplementary pensions for widows or orphans, dependants of former members of Section B of the Reich Railway Workers' Pension Funds I and II, or persons already entitled to such pensions.

Paragraphe 2.

Without prejudice to the legal conceptions of either party, Pension Funds I and II, Section B, of the Reich Railway Workers, being desirous of improving the position of all old annuitants and their surviving dependants, will place at the disposal of the *Rentenzuschusskasse*, as an advance on account of sums which may eventually fall to the latter as a result of the final settlement of accounts, certain current allowances, without however admitting thereby, as regards the principle or the amount, any claim of the *Rentenzuschusskasse* in respect of a balance resulting from the settlement of accounts.

Paragraphe 3.

The *Rentenzuschusskasse* shall continue to be responsible for the annuities at present payable. The subsidies contributed by the Reich Railway Workers' Pension Funds I and II, Section B, shall be employed to pay old annuitants and the surviving dependants of old annuitants as from October 1, 1926, allowances corresponding to those of Class II (*Rentenklasse II*) of the scale applied since January 1, 1924, by Pension Funds I and II, Section B of the

Section B, des ouvriers des Chemins de fer du Reich. Les rentes qui seront allouées en vertu de la présente disposition ne devront toutefois, en aucun cas, être supérieures aux rentes de la même classe, calculées d'après le barème de la *Rentenzuschusskasse* applicable aux « nouveaux retraités » (*Neurentner*).

Paragraphe 4.

La *Rentenzuschusskasse* s'engage de son côté à assurer aux « anciens retraités » et à leurs survivants, à l'avenir également, des allocations ayant un pouvoir d'achat au moins égal à celui des allocations qu'elle versait aux anciens retraités à la date du 1^{er} octobre 1926 ; les calculs nécessaires seront établis sur la base de l'indice officiel du coût de la vie qui est élaboré par l'Office de Statistique de la Ville de Saarbruck. Le cours de conversion (Reichsmark : francs) sera fixé de temps à autre, sous forme d'un rapport simple, sur la base du cours coté à la Bourse de Berlin.

Paragraphe 5.

Pendant la durée de validité du présent accord, la *Rentenzuschusskasse* ne fera pas usage de son droit statutaire de retirer la rente supplémentaire aux « anciens retraités » et à leurs survivants.

Paragraphe 6.

La *Rentenzuschusskasse* fera parvenir aux caisses de pensions I et II, section B, des ouvriers des Chemins de fer du Reich, aussitôt que possible, une liste des personnes auxquelles elle sert des rentes ; cette liste indiquera depuis combien d'années l'intéressé est membre de la caisse ; elle mentionnera également le montant des rentes qui leur étaient servies à la date du 1^{er} octobre 1926.

Les modalités du paiement et celles du règlement de compte feront l'objet d'un arrangement direct entre les directions des caisses.

Paragraphe 7.

Les caisses contractantes se réservent le droit de dénoncer le présent accord pour le dernier

Reich Railway Workers. Annuities paid in virtue of this provision shall not, however, be higher than annuities of the same class assessed according to the *Rentenzuschusskasse* scale applicable to new annuitants (*Neurentner*).

Paragraph 4.

The *Rentenzuschusskasse* henceforward undertakes for its part to grant old annuitants and surviving dependants of old annuitants allowances, the purchasing power of which shall be at least equal to that of the allowances which it paid to old annuitants on October 1, 1926 ; the basis taken shall be the official cost of living index established by the Statistical Office of the Town of Saarbruck. The rate of conversion (Reichsmark : francs) shall be fixed from time to time in a simple ratio according to the rates on the Berlin Exchange.

Paragraph 5.

As long as the present Agreement remains in force, the *Rentenzuschusskasse* shall not exercise its statutory right to withdraw supplementary annuities payable to old annuitants and their surviving dependants.

Paragraph 6.

The *Rentenzuschusskasse* shall communicate to Pension Funds I and II, Section B of the Reich Railway Workers as soon as possible a list of the persons to whom it is paying annuities, with a note showing how long they have been members of the Fund and the amount of the annuities paid to them up to October 1, 1926.

The method of payment and the procedure in regard to the settlement of accounts shall form the subject of a direct agreement between the Boards of the Funds.

Paragraph 7.

The Contracting Parties reserve the right at any time to denounce the present Agreement

jour d'un mois, moyennant préavis de trois mois.

Caisses de pensions I et II, Section B, des ouvriers des Chemins de fer du Reich.

Direction de la Caisse de pension I des ouvriers des Chemins de fer du Reich.

BERLIN, le 23 août 1927.

(Signature.)

Caisse de pension II des ouvriers des Chemins de fer du Reich.

(Signature.)

Rentenzuschusskasse de la Direction des Chemins de fer du Territoire de la Sarre.

SARREBRUCK, le 5 septembre 1927.

(Signature.)

as from the last day of a month, by notifying their intention three months in advance.

Reich Railway Workers' Pension Funds I and II, Section B.

Board of the Reich Railway Workers Pension Fund I.

BERLIN, August 23, 1927.

(Signature.)

Reich Railway Workers' Pension Fund II.

(Signature.)

Rentenzuschusskasse of the Railways Management of the Saar Territory.

SAARBRUCK, September 5, 1927.

(Signature.)